

Teilprojekt D3

**Prävention und Intervention.
Der Wandel von Staatlichkeit
am Beispiel internationaler Sicherheitspolitik**

3.1 Allgemeine Angaben zu Teilprojekt D3

3.1.1 Titel

Prävention und Intervention. Der Wandel von Staatlichkeit am Beispiel internationaler Sicherheitspolitik

3.1.2 Fachgebiet und Arbeitsrichtung

Politikwissenschaft

3.1.3 Leiter

Prof. Dr. Peter Mayer
geb. 10.5.1961
Institut für Interkulturelle und
Internationale Studien (InIIS),
Linzer Str. 4
28359 Bremen
Tel.: 0421/218-9276
E-Mail: prmayer@uni-bremen.de

Der Teilprojektleiter ist bis Ende 2010 eingestellt. Er wird derzeit auf eine Professur für „Internationale und transnationale Beziehungen“ in den Fachbereich 8 an das Institut für Politikwissenschaft und als Ko-Direktor des InIIS berufen.

3.1.4 Erklärung

In dem Teilprojekt sind keine Untersuchungen am Menschen, Studien im Bereich der somatischen Zell- und Gentherapie, Tierversuche oder gentechnologische Untersuchungen vorgesehen.

3.1.5 Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojektes im Rahmen des Sonderforschungsbereichs (Ergänzungsausstattung)

Das Teilprojekt wird seit Januar 2003 im Sonderforschungsbereich gefördert.

Haushaltsjahr	Personalmittel	Sachmittel	Investitionsmittel	Gesamt	
Bisherige Förderung	2003	92,4	10,3	–	102,7
	2004	92,4	9,8	–	102,2
	2005	92,4	9,3	–	101,7
	2006	92,4	9,3	–	101,7
	Σ 2003-2006	369,6	38,7	–	408,3
Beantragte Förderung	2007	70,8	6	–	76,8
	2008	70,8	9,6	–	80,4
	2009	70,8	6,5	–	77,3
	2010	70,8	5,5	–	76,3
	Σ 2007-2010	283,2	27,6	–	310,8

(Beträge in 1.000 €)

3.2 Zusammenfassung

Kurzfassung

Das Teilprojekt befasst sich mit dem Wandel von Staatlichkeit im Bereich der Sicherheitspolitik. Es untersucht, inwieweit es zu einer Internationalisierung und/oder Privatisierung von Präventions- und Interventionspolitik gekommen ist, wie das beobachtbare Ausmaß von Internationalisierung und Privatisierung in diesem Politikfeld erklärt werden kann und welche Folgen damit für die sicherheitspolitischen Präferenzen, Kapazitäten und Identitäten der Einzelstaaten verbunden sind.

Langfassung

Das Teilprojekt geht der Frage nach, ob und in welchem Umfang sich seit Beginn der 1990er Jahre ein Wandel von Staatlichkeit in der Sicherheitspolitik vollzieht, wie dieser zu erklären ist und worin seine Konsequenzen für die beteiligten Staaten bestehen. Es konzentriert sich dabei auf den Bereich der (Gewalt-)Präventions- und Interventionspolitik westlicher Staaten und befragt sie auf Internationalisierungs- und Privatisierungstendenzen. In der ersten Phase des Teilprojekts wurde mit Blick auf vier maßgebliche internationale Sicherheitsorganisationen (VN, OSZE, EU, NATO) die schrittweise Herausbildung des komplexen institutionellen Arrangements beschrieben, welches zu Beginn des 21. Jahrhunderts Präventions- und Interventionspolitik auf internationaler Ebene ermöglicht und formt. In der zweiten Phase wendet sich das Teilprojekt der Aufgabe zu, diejenigen materiellen, ideellen und institutionellen Antriebskräfte und Weichensteller zu identifizieren, die zu der beobachteten Rekonfiguration von Staatlichkeit im Problemfeld geführt haben. Zu diesem Zweck wird in drei Schritten ein auf rationalistische und konstruktivistische Theoriebestände rekurrerendes Erklärungsmodell konstruiert. In der geplanten dritten Phase des Teilprojekts werden die Rückwirkungen des Präventions- und Interventionsregimes auf seine staatlichen Schöpfer – ihre sicherheitspolitischen Praktiken, Kapazitäten, Interessen und Überzeugungen – analysiert sowie dessen Input- und Output-Legitimität evaluiert.

Erste Phase (2003-2006) <i>Ergebnisse</i>	Zweite Phase (2007-2010)	Dritte Phase (2011-2014)
Untersuchung von Internationalisierungs- und Privatisierungstendenzen anhand von vier Sicherheitsorganisationen – Hauptergebnis: IOs erhalten und übernehmen vielfältige Aufgaben in der Planung und Implementierung von Präventions- und Interventionspolitik, in der Regel jedoch ohne auf eigene Ressourcen gestützte signifikante Handlungsautonomie zu erlangen	Erklärung der emergenten komplexen <i>Governance</i> -Strukturen im Bereich der internationalen Präventions- und Interventionspolitik anhand materieller, ideeller und institutioneller Antriebskräfte und Weichensteller des Wandels, deren Wirkungsweise mit Hilfe rationalistischer und konstruktivistischer Theoriebestände beschrieben und interpretiert wird	Ermittlung der Rückwirkungen (<i>feedback</i>) dieser institutionellen Ordnung und der durch sie gestützten Präventions- und Interventionspraktiken auf die Präferenzen, Kapazitäten und Identitäten der daran partizipierenden Staaten – Evaluation der Input- und Output-Legitimität dieser Ordnung

3.3 Bericht über die bisherige Entwicklung des Teilprojekts

3.3.1 Bericht

Die zentrale Frage des Teilprojekts in der ersten Phase war, ob – und falls ja, in welchem Ausmaß und in welcher Form – es zu einer Verlagerung von Sicherheitspolitik, genauer von Interventions- und Präventionspolitik, auf die internationale Ebene und im Zusammenhang damit auch zu privaten Akteuren, die mit internationalen Organisationen zusammenarbeiten, gekommen ist. Zu diesem Zweck wurden im Untersuchungszeitraum von 1990 bis heute die Sicherheitsorganisationen¹ NATO, OSZE, EU und VN detailliert darauf hin untersucht, ob sie in dem besagten Politikfeld neue *Aufgaben* und *Kompetenzen* übertragen bekommen bzw. sich angeeignet haben, ob ihre *Ressourcenausstattung* sich verbessert hat und ob ihre *Autonomie* gegenüber den Mitgliedstaaten gewachsen ist. Diese Untersuchungen wurden organisationspezifisch anhand der Analyse von Sekundärtexten und der Bearbeitung von Primärquellen in Form von Politikdokumenten der Organisationen vorgenommen. Darüber hinaus wurden Interviews mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sekretariate sowie mit Staatenvertreterinnen und -vertretern geführt.

Die Ergebnisse der ersten Projektphase lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Alle untersuchten Organisationen haben ihre *Aktivitäten* im breit gefächerten Bereich der Präventions- und Interventionspolitik ausgeweitet und – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – neue *Kompetenzen* erhalten (Mayer 2007 [1]²; Weinlich 2007 [2]; Mayer u.a. 2007 [4]; Mayer & Weinlich 2005 [5]; Mayer & Weinlich 2006 [11]). Außer bei der EU hat sich die Kompetenzübertragung nicht in einer Veränderung der primärrechtlichen Grundlagen niedergeschlagen, sondern erfolgte durch Beschlüsse der intergouvernementalen Gremien. Vielfach – und dies gilt vor allem für die VN – wurde sie ad hoc und situationsbedingt vorgenommen (Schneckener & Weinlich 2006 [16]; Weinlich 2005 [10]). Im Untersuchungszeitraum hat – im Einklang mit einem Trend zur Regionalisierung von Sicherheitspolitik – eine *Spezialisierung* der Organisationen stattgefunden, die in eingeschränktem Maß zur Herausbildung einer *Arbeitsteilung* geführt hat (Peters 1995; Pugh & Sidhu 2003). Diese richtet sich nicht nur nach geographischen Kriterien, sondern auch nach der

¹ Unter einer (internationalen) Sicherheitsorganisation verstehen wir eine internationale Organisation (IO), die sich zumindest auch mit sicherheitspolitischen Problemen befasst. Die vier im Text genannten Sicherheitsorganisationen wurden von uns untersucht, weil (1) OECD-Staaten entweder ihre Mitgliedschaft stellen oder zu ihren wichtigsten Mitglieder gehören und sie (2) in vielfacher Weise und weltpolitisch besonders prominent an der Verhütung oder Beendigung gewaltsamer Konflikte in Mitglieds- oder Drittstaaten mitwirken.

² Zitierte Literatur mit **fett** gesetzter Jahreszahl findet sich nur unter 3.3.2 und nicht am Ende des Antrags im Literaturverzeichnis. Um das Auffinden zu vereinfachen, sind die Nummern aus 3.3.2 jeweils beim Zitat in [eckigen] Klammern angefügt.

Interventionstiefe (Mayer & Weinlich **2005** [5]; Mayer & Weinlich **2006** [12]; Weinlich **2006** [17]). So werden die OSZE und die VN nicht (mehr) für militärische Interventionen herangezogen. Zugleich bleiben in Teilbereichen funktionale Überlappungen bestehen, oder es kommen neue hinzu. So nähert die EU über die Herausbildung militärischer Fähigkeiten ihr Funktionsspektrum dem der NATO an, wenngleich diese nach wie vor nicht explizit im Bereich der zivilen Konfliktprävention tätig ist (Mayer **2005** [9]; Mayer **2003** [14]; Mayer u.a. **2007** [4]). Bei aller Arbeitsteilung und regionalen Spezialisierung zeigt sich aber auch, dass internationale Sicherheitsorganisationen seltener allein aktiv werden, sondern vermehrt Aufgaben gemeinsam übernehmen und untereinander ebenso wie mit Staaten, regionalen Organisationen und privaten Akteuren kooperieren (Schneckener **2005** [25]; Mayer **2007** [1]; Schneckener & Wolff **2004** [27]).

Innerhalb aller Sicherheitsorganisationen wurde eine *konzeptionelle Debatte* um die inhaltliche Füllung der Begriffe „Prävention“ und „Intervention“ geführt (Weinlich **2005** [10]). Dabei waren die Termini in den Organisationen mit heterogener Mitgliedschaft (VN, OSZE) deutlich umstrittener, da dort neben den generellen Befürwortern und Teilnehmerstaaten von Konfliktprävention und Interventionen auch potenzielle Adressatenländer an der Debatte beteiligt waren. Die deklaratorisch-programmatische Ebene ist diejenige, auf der sich die deutlichsten Anzeichen einer Internationalisierung finden lassen. Man denke etwa an das Konzept der „human security“ oder die Norm der Schutzverantwortung (*responsibility to protect*) (Chandler 2004; Welsh 2002). So hätte eine Institutionalisierung der letztgenannten Norm zur Folge, dass anders als beispielsweise beim Gewaltverbot nicht lediglich die positive Freiheit der Staaten, ihre Ressourcen gemäß ihren nationalen Interessen einzusetzen, eingeschränkt würde; in Analogie zur Beistandsnorm in einem System kollektiver Sicherheit wäre sogar ihre negative Freiheit beschnitten, sie *nicht* einzusetzen, wo sie sich davon keinen Vorteil versprechen.

Auf die veränderten Anforderungen (Mayer **2006** [34]; Schneckener **2005** [33]; Senghaas **2007** [36]) und Aufgaben haben alle Organisationen mit *institutionellem Wandel* in den zwischenstaatlichen Strukturen wie auch in den unterstützenden Sekretariatsstrukturen reagiert (Durch u.a. 2003, 37-61; Ehrhart 2005; Haftendorn 2005; Wallander 2000; Weinlich **2006** [17]; Mayer **2003** [14]; Schneckener & Weinlich **2006** [16]). Die institutionelle Reorganisation und Ausdifferenzierung wird dabei stark von Pfadabhängigkeiten und innerinstitutionellen Lernprozessen geprägt. Dies ist insbesondere bei denjenigen Strukturen und Organen zu beobachten, die sich mit präventiven Maßnahmen und mit „weicheren“ Formen der Intervention befassen, so z.B. der EU-Kommission (Mayer **2005** [9]; Mayer **2006** [29]; Mayer & Weinlich **2006** [12]). In der Regel erfolgte der institutionelle Wandel inkrementell. In den VN (wie auch in der OSZE) ist er geprägt von knappen materiellen und personellen Ressourcen ebenso wie von dem Widerstreben vieler Mitglied-

staaten, die Organisation mit eigenen Analyse- und Planungskapazitäten auszurüsten (Mack & Furlong 2004). Während bei VN und OSZE der institutionelle Wandel zeitgleich mit oder auch nach der Veränderung des Aufgabenspektrums und der Interventionspraxis erfolgte (Weinlich 2005 [10], 13-15), veränderten im Fall von EU und NATO die Mitgliedstaaten das institutionelle Design, bevor sie die Organisationen mit neuen sicherheitspolitischen Aufgaben, insbesondere militärischen Auslandseinsätzen, betrauten (Mayer u.a. 2007 [4]).

Was die Verlagerung der für Präventions- und Interventionspolitiken notwendigen *Ressourcen* von der nationalen auf die internationale Ebene betrifft, lassen sich zwar einige in diese Richtung weisende Entwicklungen beobachten. Sie summieren sich jedoch nicht zu einer dramatischen Verschiebung von (Territorial-) Staatlichkeit entlang der räumlichen Achse, also im Sinne einer Supranationalisierung der Ressourcen (Mayer & Weinlich 2005 [5]; Weinlich 2005 [7]; Mayer 2005 [9]). Immerhin werden den Sicherheitsorganisationen für ihre Präventions- und Interventionstätigkeiten oft beachtliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, auch wenn sie angesichts der Größe der Aufgaben meist kaum zureichend erscheinen. Bei den VN fallen die Mittel für zivile Maßnahmen sowie für Regionen, die für die wichtigen Mitgliedstaaten nicht von geopolitischem Interesse sind, zudem wesentlich geringer aus als für Regionen, in denen von diesen Staaten nationale Interessen perzipiert werden.

Gleichzeitig wurde bei keiner der untersuchten Organisationen ein substantieller Zuwachs in der autonomen Verfügungsgewalt über benötigte finanzielle oder materielle Ressourcen festgestellt. Allerdings verfügt die EU-Kommission im Bereich der strukturellen Prävention (v.a. bei der Entwicklungs- und technischen Hilfe) schon länger über beträchtliche finanzielle Ressourcen, die ihr im Rahmen des von Rat und Parlament festgelegten Finanzrahmens zur Verfügung stehen (Mayer 2006 [29]). Bei der Bereitstellung von zivilem und militärischem Personal für Präventions- und Interventionstätigkeiten sind die Sicherheitsorganisationen trotz verbesserter Zugriffs- und Rekrutierungsmöglichkeiten immer noch nahezu vollständig von den Mitgliedstaaten abhängig. Im Untersuchungszeitraum kam es – auch infolge der verstärkten Zusammenarbeit mit privaten (Nichtregierungs-)Organisationen – zu einer moderaten *Ausweitung des Handlungsspielraums* der Sekretariate und Verwaltungsstäbe der Sicherheitsorganisationen bei der Implementation von Präventions- und Interventionspolitiken (Mayer 2005 [9]; Mayer u.a. 2007 [4]). Demgegenüber bleiben die Entscheidungsfindung und oftmals auch die Planungsprozesse in den Hauptquartieren weiterhin wesentlich von den Mitgliedstaaten dominiert. Auch wenn die internationalen Verwaltungsstäbe oft entscheidende Vorleistungen erbringen, werden ihnen zumindest im militärischen Bereich ab einem gewissen Punkt im Entscheidungsprozess die Zügel aus der Hand genommen. Dennoch bleibt die Souveränität der Nationalstaaten im Politikfeld nicht gänzlich unangetastet. So

wurden innerhalb von EU und OSZE – im Sinne eines *pooling* von Souveränität – Entscheidungsprozeduren eingeführt, die das Konsenserfordernis einschränken.

Trotz eines umfangreichen Aufgabenzuwachses auf Seiten der internationalen Sicherheitsorganisationen lässt sich also kein umfassender Trend zu einer Supranationalisierung der Planung, Entscheidungsformulierung und Durchführung von Präventions- und Interventionsaktivitäten identifizieren, und ein Weltgewaltmonopol liegt nach wie vor in weiter Ferne (Senghaas 2004 [18]). Überdies lassen sich neben den beschriebenen Restriktionen für das Handeln der Organisationen auch Regressions- und Renationalisierungstendenzen finden, so wenn Staaten sich ad hoc zu „Koalitionen der Willigen“ zusammenfinden, um militärische Interventionen durchzuführen. Im Gesamtergebnis finden wir ein komplexes und volatiles institutionelles Arrangement, an dem neben Staaten internationale Organisationen und private Akteure in wichtigen Funktionen beteiligt sind („security governance“) (Krahmann 2003), ohne dass es bisher jedoch nachdrückliche Anzeichen dafür gäbe, dass sich die Staaten in diesem Politikfeld das Heft aus der Hand nehmen ließen. In der Sprache des Sfb-Dachs finden wir eine – mit der nationalstaatlichen Ebene verschränkte – Anlagerung von Staatlichkeit, kaum aber eine Verlagerung im engeren Sinne.³

3.3.2 *Liste der aus dem Teilprojekt seit der letzten Antragstellung entstandenen Publikationen*

(I.) *Referierte Beiträge für*

(a) *wissenschaftliche Zeitschriften*

(b) *monographische Reihen (einschließlich book proposals)*

1. Sebastian Mayer (2007) *Europäische Sicherheitspolitik jenseits des Nationalstaats? Die Internationalisierung von Präventions- und Interventionsmaßnahmen in EU, NATO und OSZE*, Frankfurt a.M.: Campus (book proposal)
2. Silke Weinlich (2007) *Shaping Peace Operations: The UN Secretariat as Actor in Intervention Politics*, Basingstoke: Palgrave Macmillan (book proposal)

(c) *Sammelbandbeiträge*

3. Silke Weinlich & Andrea Liese (2006) *Verwaltungsstäbe internationaler Organisationen: Lücken und Tücken eines (neuen) Forschungsgebiets*, in: Jörg Bogumil, Werner Jann & Frank Nullmeier, Hg., *Auf dem Weg zu einer postmanagerialen Verwaltungsfor-*

³ „An-“ bzw. „Verlagerung von Staatlichkeit“ sind Begriffe, die der Sfb verwendet, um die Herausbildung von Autoritätsstrukturen jenseits des Nationalstaats zu kennzeichnen. Mit „Anlagerung von Staatlichkeit“ wird dabei auf Situationen Bezug genommen, in denen die Entwicklung von Elementen privater und/oder internationaler Herrschaft nicht auf Kosten des Staates geht. Demgegenüber sprechen wir von „Verlagerung“, wenn eine Nullsummen-Logik obwaltet, d.h. die quasi-staatlichen Verantwortlichkeiten, Kompetenzen und Ressourcen, die private oder internationale Organisationen erwerben, dem Staat verloren gehen.

schung. PVS-Sonderheft Politik und Verwaltung, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften

4. Sebastian Mayer, Ulrich Schneckener, Dieter Senghaas & Silke Weinlich (2007) Internationalization of Intervention? Multilateral State- and Peace-building Operations and their Implications for the "Interveners", in: Stephan Leibfried, Peter Mayer & Frank Nullmeier, Hg., *Transforming the Golden Age Nation State*, Basingstoke: Palgrave Macmillan

(d) wesentliche Fachkongresse

5. Sebastian Mayer & Silke Weinlich (2005) 46th Annual Convention of the International Studies Association, Honolulu, Hawaii March 2005; Konferenzpapier: The Internationalization of Intervention. Assessing the Roles of the United Nations and the European Union
6. Sebastian Mayer (2005) 3rd ECPR Conference, Budapest, Hungary, September 2005; Konferenzpapier: NATO's Multinational Forces and Common Assets: A Challenge to the Monopoly of Force? – A Research Proposal
7. Silke Weinlich (2005) 3rd ECPR Conference, Budapest, Hungary, September 2005; Konferenzpapier: The UN-Secretariat: Influential Actor in Intervention Politics?
8. Silke Weinlich (2005) DVPW IB-Sektion, Mannheim, Oktober 2005; Konferenzpapier: The UN-Secretariat and Interventions in Inner-State Conflicts: Actor or Instrument?

(e) Arbeitspapiere

9. Sebastian Mayer (2005) Sicherheitspolitische Interventionen der Europäischen Union: Rahmenbedingungen, Kompetenzen und Interaktionsmuster, Bremen: Universität, Sfb 597 (TranState Arbeitspapier Nr. 13/2005)
10. Silke Weinlich (2005) Prävention und Intervention: Konzeptionelle Entwicklungen in den Vereinten Nationen von der Agenda für den Frieden bis zum High Level Panel on Threats, Challenges and Change, Bremen: Universität, Sfb 597 (TranState Arbeitspapier Nr. 23/2005)
11. Weinlich, Silke (2006) Die UN Peacebuilding-Kommission. Neues Werkzeug für eine bessere Friedenskonsolidierung?, in Heinrich-Böll-Stiftung, Hg., *Die Zukunft des Völkerrechts in einer globalisierten Welt*, Frankfurt a.M.: Nomos, 192-212
12. Sebastian Mayer & Silke Weinlich (2006) The Internationalization of Intervention. Assessing the Roles of the United Nations and the European Union in Security Politics, Bremen: Universität, Sfb 597 (TranState Arbeitspapier Nr. 45/2006)
13. Sebastian Mayer (2006) TACIS and EU's Security of Energy Supply: The Commission as a Strategic Actor in External Relations, Bremen: Universität, Sfb 597 (TranState Arbeitspapier Nr. 46/2006)

(II.) Nicht-referierte Beiträge für

(a) wissenschaftliche Zeitschriften

14. Sebastian Mayer (2003) Die Erklärung von Saint Malo und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Bedingungsfaktoren des britischen Strategiewandels 1998, in: *Journal of European Integration History* 9:1, 133-156

15. Sebastian Mayer (2004) Die EU als weltpolitischer Akteur: Anmerkungen zum Forschungsstand, in: *WeltTrends* **42**:12, 65-77
 16. Ulrich Schneckener & Silke Weinlich (2006) Die Peacebuilding-Kommission der Vereinten Nationen: Möglichkeiten und Grenzen einer neuen Institution, in: *S+F – Sicherheit und Frieden* **24**:1, 17-21
 17. Silke Weinlich (2006) Weder Feigenblatt noch Allheilmittel: Die neue Kommission für Friedenskonsolidierung der Vereinten Nationen, in: *Vereinte Nationen* **54**:2, 2-11
(b) *monographische Reihen (einschließlich book proposals)*
 18. Dieter Senghaas (2004) Zum irdischen Frieden: Erkenntnisse und Vermutungen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
 19. Dieter Senghaas (2007) *Peace on Earth. A Timely Analysis*, Oxford/New York: Berghahn Books
(c) *Sammelbandbeiträge*
 20. Silke Weinlich (2006) Die UN Peacebuilding-Kommission: Neues Werkzeug für eine bessere Friedenskonsolidierung?, in: Heinrich-Böll-Stiftung, Hg., *Die Zukunft des Völkerrechts in einer globalisierten Welt*, Baden-Baden: Nomos, 192-212
(d) *wesentliche Fachkongresse*
(e) *Arbeitspapiere*
- (III.) *Eingereichte Beiträge*
- (a) *wissenschaftliche Zeitschriften*
 - (b) *monographische Reihen (einschließlich book proposals)*
 - (c) *Sammelbandbeiträge*
 - (d) *wesentliche Fachkongresse*
 - (e) *Arbeitspapiere*
- (IV.) *Einschlägige Parallelveröffentlichungen von Teilprojektmitgliedern*
- (a) *wissenschaftliche Zeitschriften*
 21. Dieter Senghaas (2003) Die Konstitution der Welt – eine Analyse in friedenspolitischer Absicht, in: *Leviathan* **31**:1, 117-152
 22. Ulrich Schneckener (2005) State-Building: zentrale Herausforderung für die internationale Politik, in: *Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft* **141**:1, 13-17
 23. Ulrich Schneckener (2005) Fragile Staatlichkeit als globales Sicherheitsrisiko, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* **2005**:28-29, 26-31
 24. Ulrich Schneckener (2005) Staatszerfall als globale Bedrohung: Fragile Staaten und transnationaler Terrorismus, in: *Internationale Politik* **58**:11, 11-19
 25. Ulrich Schneckener (2005) Frieden Machen: Peacebuilding und Peacebuilder, in: *Friedenswarte* **80**:1-2, 17-39
 26. Sebastian Mayer (2006) EU's International Energy Security Policy since the End of the Cold War: Origins and Development, in: *Oil, Gas, and Energy Law Intelligence* **4**:2 (i.E.)

(b) monographische Reihen (einschließlich book proposals)

27. Ulrich Schneckener & Stefan Wolff, Hg. (2004) *Managing and Settling Ethnic Conflicts. Perspectives on Success and Failure in Europe, Asia and Africa*, London, New York: Hurst/Palgrave
28. Peter Mayer (2006) *Macht, Gerechtigkeit und internationale Kooperation: Eine regime-analytische Studie zur internationalen Rohstoffpolitik*, Baden-Baden: Nomos
29. Sebastian Mayer (2006) *Die Europäische Union im Südkaukasus: Interessen und Institutionen in der auswärtigen Politikgestaltung*, Baden-Baden: Nomos

(c) Sammelbandbeiträge

30. Ulrich Schneckener & Dieter Senghaas (2003) In Quest of Peaceful Coexistence – Strategies in Regulating Ethnic Conflicts, in: Farimah Daftary & Stefan Troebst, Hg., *Radical Ethnic Movements in Contemporary Europe*, Oxford: Berghahn Books, 165-200
31. Dieter Senghaas (2004) The Civilisation of Conflict: Constructive Pacifism as a Guiding Notion for Conflict Transformation, in: Alex Austin, Martina Fischer & Norbert Ropers, Hg., *Transforming Ethnopolitical Conflict. The Berghof Handbook*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 25-40
32. Peter Mayer (2005) Die Lehre vom gerechten Krieg – obsolet oder unverzichtbar?, in: Egbert Jahn, Sabine Fischer & Astrid Sahn, Hg., *Die Zukunft des Friedens. Band 2: Die Friedens- und Konfliktforschung aus der Perspektive der jüngeren Generationen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 381-407
33. Ulrich Schneckener (2005) Post-Westfalia trifft Prä-Westfalia: Die Herausforderung der Gleichzeitigkeit dreier Welten, in: Egbert Jahn, Sabine Fischer & Astrid Sahn, Hg., *Zukunft des Friedens. Band 2: Die Friedens- und Konfliktforschung aus der Perspektive der jüngeren Generationen*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 189-211
34. Peter Mayer (2006) Gewalt gegen Gewalt – Gewalt vor Gewalt: Intervention und Prävention im Zeitalter der „Neuen Kriege“, in: Julia Dietrich & Uta Müller-Koch, Hg., *Ethik und Ästhetik der Gewalt*, Paderborn: Mentis, 199-223
35. Dieter Senghaas (2006) Friedenspolitik komplex denken: Weltordnungspolitik gegen Störpotentiale aus vier Welten, in: *Zeitschrift Entwicklungspolitik* **2006**: 3-4, 31-35
36. Dieter Senghaas (2007) „Eine Welt“ oder vier Welten: Lagebeurteilung und Folgerungen, in: Mir Ferdowsi, Hg., *Weltprobleme im Zeitalter der Globalisierung*, München: Landeszentrale für politische Bildung

(d) wesentliche Fachkongresse

(e) Arbeitspapiere

37. Ulrich Schneckener, Tobias Debiel, Andreas Mehler & Stephan Klingelbiel (2005) Zwischen Ignorieren und Intervenieren: Strategien und Dilemmata externer Akteure in fragilen Staaten, Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden (Policy Paper Nr. 23)
38. Ulrich Schneckener & Silke Weinlich (2005) Die VN-Peacebuilding-Kommission: Aufgaben, Auftrag und Design für eine neue Institution. Berlin: SWP Aktuell 37, September 2005

3.4 Geplante Weiterführung des Teilprojekts (Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm)

3.4.1 Forschungsziele

Zweite Phase (2007-2010)	Dritte Phase (2011-2014)
Ziel des Teilprojekts in der zweiten Phase ist eine theoriegeleitete Erklärung der komplexen <i>Governance</i> -Strukturen im Bereich der internationalen Präventions- und Interventionspolitik. Diese Erklärung sucht Wandel auslösende exogene Prozesse und Herausforderungen („Antriebskräfte“), Präferenzbildungsprozesse auf nationalstaatlicher Ebene und organisatorische Eigendynamiken und Beharrungskräfte („Weichensteller“) zu integrieren.	In der dritten Phase untersucht das Teilprojekt die Rückwirkungen (<i>feedback</i>) dieser institutionellen Ordnung und der durch sie gestützten Präventions- und Interventionspraktiken auf die Präferenzen, Kapazitäten und Identitäten der daran partizipierenden Staaten und analysiert die Input- und Output-Legitimität dieser Ordnung.

Überblick

In der ersten Phase des Teilprojekts wurden Internationalisierungs- und damit zusammenhängende Privatisierungsprozesse im Bereich der Präventions- und Interventionspolitik anhand von vier auf diesem Gebiet aktiven Sicherheitsorganisationen – den VN, der OSZE, der EU und der NATO – detailliert beschrieben. Der Schwerpunkt lag dabei auf institutionellen Entwicklungen in und zwischen diesen vier Organisationen in den Dimensionen Aufgaben und Zuständigkeiten, konzeptionell-programmatischer *output*, organisatorische Kapazitäten und Ressourcen und – darauf aufbauend – Autonomie (Gestaltungs- und Handlungsspielraum) der Sekretariate bzw. Verwaltungsstäbe. Im zweiten Förderzeitraum geht es nun darum, die im Zuge dieser Internationalisierungs- und Privatisierungsprozesse entstandenen komplexen, über mehrere internationale Organisationen verteilten und damit eine eigene emergente institutionelle Konfiguration bildenden *Security-Governance*-Strukturen zu erklären: Warum kommt es in diesem Problemfeld zu einer *Anlage* von Elementen von „Staatlichkeit“ jenseits des Demokratischen Rechts- und Interventionsstaats (DRIS) und warum zu dieser speziellen Gestalt von *Anlage* – warum kommt es gleichzeitig zu keiner signifikanten *Verlagerung* der Organisations-, Entscheidungs- oder gar Letztverantwortung für die Verhütung oder Beendigung gewaltsamer Konflikte an der Peripherie der OECD-Welt vom Nationalstaat auf andere (öffentliche oder private) Organisationen?

Die anvisierte Erklärung soll im Sinne des Sfb-Dachs nicht ausschließlich historisch-narrativ, idiosynkratisch oder ad hoc sein. Sie soll vielmehr theoriegeleitet und überdies im Kontext des Projektverbundes anschlussfähig sein. Damit geht das Teilprojekt über die rein deskriptiven Bestandsaufnahmen der Veränderungen im Problemfeld und die selektiven, d.h. einzelne Regimebestandteile herausgreifenden, und in der Regel nicht theoretisch rückgebundenen Erklärungen, die die Literatur in

weiten Teilen dominieren, deutlich hinaus. Ziel ist die Entwicklung eines Modells – im Sinne einer kohärenten Menge von Kategorien, Annahmen und Kausalhypothesen (vgl. Snidal 2004) –, das möglichst viele Facetten des vielschichtigen institutionellen Arrangements („Regimes“) erklärt, in das internationale Einmischungspolitik mit dem Ziel der Verhütung oder Beendigung gewaltsam ausgetragener innerstaatlicher und regionaler Konflikte heute eingebettet ist. Eine Totalerklärung dieser komplexen (und noch immer emergenten) Strukturen und der damit einhergehenden Praktiken liegt zwar außerhalb der Reichweite empirischer Sozialwissenschaft (King, Keohane & Verba 1994, 217-218). Es können und sollen jedoch hervorsteckende Züge des internationalen Präventions- und Interventionsregimes auf eine überschaubare Anzahl von Determinanten (Antriebskräfte und Weichensteller) zurückgeführt werden, deren kausale Beziehungen zum Explanandum wie auch untereinander klar spezifiziert sind. Von besonderem Interesse sind dabei diejenigen Aspekte des Regimes, die zu der spezifische Ausprägung des institutionalisierten National-International- bzw. Public-Private-Mix in diesem Politikfeld beitragen, welche wir im Kern als verschränkte Anlagerung von Staatlichkeit analysiert haben.

Obwohl die Erklärung theoriegeleitet sein wird, wird es sich nicht um eine deduktive Erklärung handeln, in dem Sinne, dass das Explanandum unter eine *bereits vorhandene*, gut bewährte *Theorie des Wandels von Staatlichkeit* (oder der Internationalisierung und Privatisierung von Sicherheitspolitik) subsumiert wird. Eine solche Theorie gibt es nicht. Es wird auch nicht der Versuch gemacht, eine solche Theorie auf klassisch-induktivem Wege im Sinne einer Generalisierung von empirischen Beobachtungen zu gewinnen. Schließlich sollen auch nicht den Theorien der internationalen Beziehungen (Realismus, Liberalismus etc.) eine Anzahl von konkurrierenden Hypothesen entnommen und diese dann darauf hin geprüft werden, inwieweit sie jeweils den vorliegenden „Fall“ zu erklären imstande sind (vgl. Ritterberger 2001). Stattdessen wird unter Rückgriff auf verschiedene Theoriebestände und ausgehend von der in der ersten Projektphase erhobenen Empirie des internationalen Präventions- und Interventionsregimes in mehreren Schritten ein Erklärungsmodell konstruiert, das zugleich theoretisch informiert und empirisch gesättigt ist. Ein Vorgehen in mehreren Schritten ist dabei erforderlich, da sich angesichts der Komplexität des Explanandums ein handstreichartiger Zugriff auf das gesamte *Security-Governance-Arrangement* verbietet. Bei jedem Konstruktionsschritt treten jedoch weitere Aspekte des Regimes in den Blick.

In prozeduraler Hinsicht ist die Modellkonstruktion also weder rein deduktiv noch rein induktiv. Vielmehr verbindet sie deduktive und induktive Elemente und vollzieht sie sich durch einen iterativen, mehrstufigen Prozess der Hypothesenbildung, -prüfung und -modifikation (Schimmelfennig 1995, 21). So entsteht eine Sequenz von provisorischen Erklärungen, die jeweils mit Blick auf ein bestimmtes Set von empirischen Beobachtungen konstruiert werden und auf die gesuchte abschlie-

ßende Erklärung zulaufen. Wegen ihres theoretischen Charakters produzieren diese Erklärungen jeweils einen „Überschuss“ an Prognosen, der dann dazu verwendet wird, das Modell mittels neuer Beobachtungen zu testen (vgl. Bates u.a. 1998, 14-18; King, Keohane & Verba 1994, 208-230). Infolgedessen wird zusätzliche Beschreibung bzw. Faktenermittlung ein integraler Bestandteil auch der zweiten Phase des Teilprojekts sein, ungeachtet dessen, dass diese im Zeichen der Erklärung steht. Die Erhebung zusätzlicher Daten wird auch deshalb erforderlich sein, weil eine Erklärung des institutionellen Wandels, der sich seit Beginn der 1990er Jahre im Bereich der Sicherheitspolitik ereignet hat, keinerlei Plausibilität beanspruchen könnte, wenn sie nicht auch die Präferenzen, Kalkulationen und normativen Überzeugungen maßgeblicher staatlicher Akteure einbezöge – und mithin *auch* auf einer Analyseebene angesiedelt wäre, die, der expliziten Logik des Projekts folgend, bisher noch nicht systematisch in den Blick genommen und daher auch nicht deskriptiv aufgearbeitet wurde. Was die stoffliche Seite der Modellbildung betrifft, so wird das Teilprojekt sowohl auf rationalistische, akteurszentrierte und materialistische als auch auf konstruktivistische, institutionenzentrierte und idealistische Theoriebestände zurückgreifen (Keohane 1988; Wendt & Duvall 1989). Ein Brückenschlag zwischen diesen beiden Perspektiven scheint unabdingbar, auch wenn damit Kohärenzrisiken einhergehen, die bei der Modellkonstruktion berücksichtigt werden müssen (Hasenclever, Mayer & Rittberger 2000). Denn dass paradigmatisch homogene (also rein rationalistische oder rein konstruktivistische) Erklärungen von Phänomenen der internationalen Politik regelmäßig wesentliche Dimensionen des Explanandums ausblenden (oder herunterspielen), lehrt nicht nur die allgemeine (Forschungs-)Erfahrung (Abbott & Snidal 1998, 8; Tierney & Weaver 2005, 14). Auch die in der ersten Projektphase gemachten Beobachtungen geben Anlass zu der Vermutung, dass Faktoren beider Typs die spezifische Gestalt der Internationalisierung und Privatisierung im Bereich der Präventions- und Interventionspolitik maßgeblich geprägt haben. So finden wir Entscheidungen über die Kompetenzverteilung und Ressourcenausstattung internationaler Sicherheitsorganisationen, die die Handschrift von ihre nationalen Interessen rational kalkulierenden Mitgliedstaaten tragen; gleichzeitig beobachten wir jene Organisationen in der Rolle von Normunternehmern, die bestrebt sind, gestützt auf die ihnen zugeschriebene moralische Autorität, das normativ-institutionelle Umfeld, in dem die Mitgliedstaaten und sie selbst agieren, aktiv umzugestalten (vgl. Barnett & Finnemore 1999).

3.4.2 Untersuchungsmethode

Das im vorstehenden Abschnitt umrissene Erklärungskonzept soll in der zweiten Phase des Teilprojekts in einen strukturierten Forschungsprozess übersetzt werden, der im Wesentlichen aus drei Schritten besteht: (1) der Konstruktion eines Ausgangsmodells für die Erklärungssequenz anhand einer Liste von „stilisierten Fak-

ten“ über die *Governance*-Strukturen im Problemfeld Präventions- und Interventionspolitik; (2) der Anwendung und Revision dieses Erklärungsmodells im Rahmen von Fallstudien über die vier maßgeblichen Sicherheitsorganisationen im Problemfeld; und (3) der Zusammenschau der Ergebnisse der Fallstudien und der Erstellung des abschließenden Erklärungsmodells. Während der erste Schritt sicherstellt, dass unsere Erklärung über die nötige Breite verfügt, insofern hier unterschiedliche Aspekte und Dimensionen des Regimes *als Ganzes* in den Blick genommen werden, gewährleisten die beiden folgenden Schritte mit ihrer Konzentration auf politische Wandlungsprozesse im Kontext *einzelner* Organisationen eine hohe Erklärungstiefe des abschließenden Modells.

Tabelle 1: Schritte der Modellkonstruktion

Schritt 1 („first cut“)	Konstruktion des theoretisch informierten Ausgangsmodells anhand einer Liste von stilisierten Fakten über die <i>Security-Governance</i> -Strukturen
Schritt 2 („second cut“)	Anwendung des Ausgangsmodells auf die vier Sicherheitsorganisationen und (ggf.) fallstudienspezifische Revision(en)
Schritt 3 („third cut“)	Vergleichende Auswertung der Fallstudien und Identifikation der „besten Erklärung“ der Rekonfiguration (Anlagerung) von Staatlichkeit in der Sicherheitspolitik

Schritt 1: Konstruktion des Ausgangsmodells

Der erste Schritt besteht in der Bildung des Ausgangsmodells. Wir bezeichnen es als Ausgangsmodell, weil es am Anfang einer sich methodisch kontrolliert entfaltenden Sequenz von Erklärungsentwürfen steht, die in einer zugleich empirisch gehaltvollen und theoretisch durchsichtigen und stimmigen Erklärung des komplexen und emergenten Präventions- und Interventionsregimes mündet. Bei der Konstruktion dieses Modells bedienen wir uns eines abduktiven (oder retroduktiven) Verfahrens. Abduktion ist nach Peirce (1991, 115) der „Prozess, eine erklärende Hypothese zu bilden“, und in der Wissenschaft genauso allgegenwärtig wie im Alltagsdenken. Dieser Prozess beinhaltet das vernünftige, aber nicht logisch zwingende „Schließen (*reasoning*) von überraschenden [im Sinne von unerklärten] Daten auf eine Erklärung“ (Hanson 1958, 85) und zwar auf diejenige Erklärung (bzw. erklärende Hypothese), die „wenn sie wahr wäre, die Daten am besten erklären würde“ (Lipton 2000, 184). Man spricht daher auch von einem „Schluss auf die beste Erklärung“ (*inference to the best explanation*). Ein triviales Beispiel: Dass es irgendwo ein Feuer gibt, ist die beste Erklärung dafür, dass wir Rauch wahrnehmen. Also schließen wir, dass es irgendwo ein Feuer geben muss, das den Rauch verursacht. Und ein weiteres, nicht triviales aus der Naturwissenschaft: Natürliche Auslese ist die beste Erklärung für die Gesamtheit der fossilen Daten, die die Paläontologie erhoben hat. Also schließt die Evolutionstheorie, dass sie das Produkt von Mutation und Selektion unter sich verändernden Umweltbedingungen (sprich: von natürlicher Auslese) sind. Schematisch ausgedrückt: „Die überraschende Tatsache C wird beo-

bachtet, aber wenn [die Erklärungshypothese] A wahr wäre, würde C eine Selbstverständlichkeit sein [d.h. uns nicht länger verwundern]; folglich besteht Grund zu vermuten, dass A wahr ist.“ (Peirce 1991, 129).⁴

Die Konstruktion unseres Ausgangsmodells (und zuletzt auch unserer abschließenden Erklärung) folgt derselben Logik. Die „überraschende Tatsache“ ist hier die bereits erwähnte Liste von stilisierten Fakten über das Interventions- und Präventionsregime und die damit verbundenen Praktiken (also eine komplexe Tatsache), während das gesuchte Ausgangsmodell an die Stelle der „Erklärungshypothese A“ tritt. Die Liste von Fakten, die wir als Richtschnur bei der Konstruktion des Ausgangsmodells verwenden, beruht auf Beobachtungen, die in der ersten Phase des Projekts gemacht wurden und die für diesen Zweck vereinfacht, zugespitzt, eben „stilisiert“ werden.⁵ Auf diese Weise wahren wir die Chance auf eine relativ einfache, aber das Wesentliche erfassende Erklärung zentraler Aspekte des Regimes. Die Liste, mit der wir arbeiten werden, umfasst eine Reihe von grundlegenden Tatsachen über das Verhalten von Staaten im Problemfeld (Faktum 1), ihren Umgang mit internationalen Sicherheitsorganisationen (Fakten 2-3), die Beschaffenheit und das wechselseitige Verhältnis dieser Organisationen (Fakten 4-8), das Ausmaß der Internationalisierung im Problemfeld (Fakten 9-11) sowie die Rolle, die private Akteure darin spielen (Faktum 12). Im Einklang mit der Funktion, die diesen Fakten im Rahmen eines auf *Erklärung* hin orientierten Forschungsprojekts zukommt, formulieren wir sie im Folgenden indirekt mittels einer Reihe von Warum-Fragen. Jede dieser Fragen setzt die Existenz eines solchen Faktums als gegeben voraus, indem sie nach dessen Ursachen fragt:⁶

(1) Warum betreiben Staaten seit Beginn der 1990er Jahre verstärkt Präventions- und Interventionspolitiken (anstatt die mit dem Ende des Ost-West-Konflikts verbundene Friedensdividende zu konsumieren)?

(2) Warum bedienen sie sich im Rahmen dieser Politiken internationaler Organisationen (anstatt Spielräume zu unilateralem Handeln zu nutzen, die sich mit dem

⁴ Von Peirce stammt nicht nur die klassische Analyse der Abduktion, sondern auch die Bezeichnung (vgl. Misak 2000). Als „inference to the best explanation“ (Lipton 1991) spielt sie eine zentrale Rolle im wissenschaftlichen Realismus (*scientific realism*), nicht zu verwechseln mit dem Politischen Realismus der Internationalen Beziehungen (vgl. Wendt 1999, Kap. 2). Von einer klassischen (generalisierenden) Induktion unterscheidet sich die Abduktion daher auch dadurch, dass die erschlossenen Hypothesen nicht von derselben Art sind wie die Fakten, aus denen sie gewonnen werden, sondern sich typischerweise auf zugrunde liegende unbeobachtbare Strukturen und Prozesse beziehen, welche die Fakten (gemäß der Hypothese) kausal hervorbringen (Lipton 2000, 185).

⁵ Der Ausdruck „stilisierte Fakten“ ist der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur entlehnt. Er bezeichnet dort etablierte empirische Tatsachen, die als Prüfstein für ökonomische Theorien verwendet werden. „Stilisiert“ heißen sie, weil sie von empirischem Detail absehen (vgl. Koremenos, Lipson & Snidal 2001b, 1067).

⁶ So setzt die erste Frage die Tatsache voraus, dass Staaten seit Beginn der 1990er Jahre verstärkt Präventions- und Interventionspolitiken betreiben, usw.

Ende des Ost-West-Konflikts und des durch ihn bedingten Kooperationszwangs ergeben hatten)?

(3) Warum delegieren sie in diesem Zusammenhang Befugnisse und Kompetenzen an internationale Organisationen (Bükratien), obwohl sie damit rechnen müssen, dass diese (auch) Ziele verfolgen, die mit ihren eigenen Präferenzen nicht übereinstimmen? Warum (und wann) werden internationalen Organisationen in diesem Politikfeld bisweilen Aufgaben und Zuständigkeiten wieder entzogen (z.B. *peace enforcement* im Fall der VN)?

(4) Warum kommt es zu prima facie suboptimalen Aspekten der *Security-Governance*-Strukturen (z.B. die Diskrepanz zwischen dem Aufgabenspektrum und den zur Verfügung gestellten Ressourcen)?

(5) Warum spezialisieren sich internationale Sicherheitsorganisation bis zu einem gewissen Grad auf bestimmte Phasen des friedenspolitischen Zyklus? Warum gibt es anscheinend einen Trend zur Regionalisierung bei der Friedensschaffung und -sicherung?

(6) Warum kommt es gleichzeitig zu (augenscheinlicher) institutioneller Redundanz? (Warum z.B. entwickelt die EU trotz der Existenz der NATO eigene Friedenserhaltungs- und Friedenserzwingungskapazitäten? Warum ist nicht die OSZE mit ihrer Ost und West übergreifenden Mitgliedschaft an die Stelle von Warschauer Pakt und NATO getreten?) Warum kommt es überdies zu einer Proliferation von bi- und multilateralen Kooperationsarrangements?

(7) Warum treffen Sicherheitsorganisationen Vorkehrungen, die die Nutzung ihrer institutionellen Ressourcen durch andere Organisationen oder durch nur einige ihrer Mitglieder („coalitions of the willing“) erlauben?

(8) Warum hat die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs nicht zu einer vereinheitlichten organisatorischen Struktur oder Politik geführt, die die Bereitstellung von Sicherheit über verschiedene Sektoren hinweg hätte erleichtern können?

(9) Warum sperrt sich die Sicherheitspolitik allem Anschein nach gegen eine weiter gehende Internationalisierung (d.h. Supranationalisierung) und dies obwohl der Sicherheitsbegriff in den 1990er Jahren eine erhebliche Ausweitung erfahren hat, die ein höheres Koordinationsniveau zwingend erscheinen lassen konnte?

(10) Warum kommt es (gleichwohl) zu einer Schwächung der Norm der staatlichen Souveränität? Warum werden in einigen Sicherheitsorganisationen Entscheidungsprozeduren eingeführt, die das Konsensfordernis einschränken (EU, OSZE) (in anderen aber nicht)?

(11) Warum kommt es innerhalb von Allianzen zu einer Schwächung der Norm der kollektiven Verantwortung?

(12) Warum nimmt die Bedeutung von privaten Akteuren in Teilbereichen der Sicherheitspolitik zu, einem Politikfeld, das bisher als Prärogative des Staates gegolten hatte?

Das gesuchte Ausgangsmodell ist eine Beschreibung von Sachverhalten, angesichts deren die „stilisierten Fakten“ – einzeln und vor allem in ihrer Gesamtheit – nicht mehr „überraschend“ sind, sondern „zu erwarten waren“ (Dessler 1999). Diese Sachverhalte beinhalten gemäß der Konzeption des Sfb Antriebskräfte und Weichensteller des Wandels von Staatlichkeit (wobei in diesem Stadium der Modellkonstruktion der Akzent auf Ersteren liegen wird). Darüber hinaus enthält das Modell Aussagen über die kausalen Mechanismen, durch die Antriebskräfte und (ggf.) Weichensteller ihre Wirkungen auf und durch den Staat entfalten. Aussagen dieser Art finden sich in allgemeinen *Theorien* des sozialen Verhaltens (Little 1991), aber auch in speziellen Theorien der internationalen Beziehungen, die jene Theorien konkretisieren, indem sie maßgebliche Akteure (z.B. Staaten), deren grundlegende Motivation (z.B. Sicherheitsstreben) sowie die strukturellen Bedingungen, unter denen sie agieren (z.B. Anarchie), benennen.

Die Konstruktion des Ausgangsmodells ist eine Aufgabe, die am Beginn der zweiten Phase des Teilprojekts zu leisten sein wird. Dennoch sollen an dieser Stelle zur Verdeutlichung einige Elemente benannt werden, die aller Voraussicht nach in dieses Modell eingehen werden. Dabei gehen wir von der Annahme aus, dass es zweckmäßig ist, mit einem möglichst einfachen Modell zu beginnen und dies nur in dem Maße anzureichern, wie es erforderlich ist, um die stilisierten Fakten in ihrer Gesamtheit verständlich zu machen (vgl. Keohane & Nye 1989, 58).⁷ Vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich, zunächst Theoriebestände des rationalistischen Institutionalismus in das Ausgangsmodell zu integrieren, handelt es sich hierbei doch um einen klar formulierten, gut ausgearbeiteten, vielfach erfolgreich genutzten und dabei dennoch relativ einfachen Erklärungsansatz für Institutionalisierungsprozesse auf internationaler Ebene (Abbott & Snidal 1998; Hasenclever, Mayer & Rittberger 1997; Keohane 1984; Kohler-Koch 1989; Koremenos, Lipson & Snidal 2001a; Müller 1993). Eine auf diese Theoriebestände rekurrierende Erklärungsskizze für die ersten beiden der stilisierten Fakten könnte etwa diesen Inhalt haben:⁸ Zu Beginn der 1990er Jahre gestaltet ein Bündel von (z. T. bereits längere Zeit wirksamen) *Antriebskräften* das sicherheitspolitische Umfeld, in dem westliche Staaten agieren, um und konfrontiert diese mit neuen Herausforderungen und neuen Optionen (Krahmann 2005; Senghaas 1994; Zangl & Zürn 2003). Zu diesen Antriebskräften zählen ökonomische, soziale, technologische und politische Prozesse wie die anhaltende und sich beschleunigende Globalisierung und Individualisierung,

⁷ Die Tugenden der Einfachheit wissenschaftlicher Erklärungen liegen auf der Hand: Sie sind *ceteris paribus* leichter fassbar, transparenter, eleganter und vor allem ökonomischer als komplexe Erklärungen.

⁸ NB: Das Erklärungsmodell ist theoretisch informiert, nicht jedoch deduktiv aus einer allgemeinen Theorie der internationalen Politik abgeleitet. So enthält es Hypothesen über Antriebskräfte des Wandels, die induktiv gewonnen bzw. durch die deskriptiv-analytische Literatur über das Problemfeld angeregt wurden.

waffentechnologische Entwicklungen, wachsende Haushaltsdefizite in vielen westlichen Ländern oder die Erschöpfung von antikapitalistischen Ideologien sowie – teils als Effekt und teils als Wirkungsverstärker dieser Entwicklungen – das Ende des Kalten Krieges. *Eine* kumulative Wirkung dieser Prozesse besteht darin, dass Bürgerkriege, die außerhalb des OECD-Raums ausgetragen werden und oft in einem Staatszerfall münden, von westlichen Staaten zunehmend als sicherheitspolitisches Problem wahrgenommen werden, sei es, weil sie sich vor unkontrollierbaren Flüchtlingsströmen und damit einhergehender zusätzlicher (illegaler) Immigration fürchten, sei es, weil sie befürchten und erfahren haben, dass fragile und gescheiterte Staaten von transnationalen Terrornetzwerken als Rückzugsgebiete benutzt werden. Westliche Staaten entwickeln daher ein Interesse daran, dass interne gewaltsame Konflikte, zumal wenn sie sich an der Peripherie der transatlantischen „Friedenszone“ abspielen, rasch und zu möglichst niedrigen Kosten befriedet werden bzw. dass die Eskalation von Konflikten, die die Schwelle der Gewalt noch nicht überschritten haben, verhindert wird (Carment & Schnabel 2003; Hampson & Malone 2002; Matthies 2000; Mullenbach 2005; Rummel 2003; Weiss 2004). Das bedeutet nicht, dass sie eine Verhaltenspräferenz (*preference over actions*) für die Durchführung einer Präventions- bzw. Interventionspolitik hätten. Zunächst ist dies lediglich eine Ergebnispräferenz (*preference over outcomes*) (vgl. Powell 1994). Sie würden es vorziehen, in einer Welt zu existieren, in der es (staatliche oder nicht-staatliche) Akteure gibt, die, wo erforderlich, eine solche Politik betreiben. Es müssen nicht sie selbst sein, die dies tun. Mehr noch: Da die Früchte erfolgreicher Prävention bzw. Intervention allen Staaten, die andernfalls mit Sicherheitsproblemen konfrontiert würden, zugute kommen, unabhängig davon, ob sie sich an den Kosten beteiligt haben oder nicht, besteht ein Problem des kollektiven Handelns und die Gefahr, dass das Kollektivgut „innere und regionale Stabilität außerhalb und insbesondere am Rande der OECD-Welt“ aufgrund von *free-riding* nur in suboptimalem Umfang bereitgestellt wird (Münkler 2002, 233; Olson 1965). Um dieses Problem zu lösen, schaffen Staaten neue oder restrukturieren bereits existierende Sicherheitsorganisationen, die, indem sie verschiedene Arten von Transaktionskosten reduzieren, zwischenstaatliche Kooperation im Bereich der Präventions- und Interventionspolitik erleichtern und zu einer individuell-rationalen Wahl machen (Sriram & Wermester 2003; Weinlich 2006).

Diese Erklärungsskizze bzw. das rationalistische Erklärungsmodell, mit dem sie operiert, gilt es bis zu dem Punkt weiterzuentwickeln, d.h. um zusätzliche, mit den Prämissen des rationalistischen Institutionalismus (und untereinander) kompatible Annahmen und Hypothesen zu erweitern, an dem sämtliche der stilisierten Fakten verständlich gemacht worden sind. Beispielsweise könnte die beobachtete Arbeitsteilung zwischen den Sicherheitsorganisationen (Faktum 5) durch Effizienzgewinne erklärt werden, die die Staaten dadurch erzielen. Und ähnlich könnte im

Falle des letzten Faktums der Liste argumentiert werden: Staaten greifen demnach bei der Implementierung bestimmter Präventions- und Interventionspolitiken vermehrt auf private Akteure (NGOs und Sicherheitsfirmen) zurück, weil sie sich davon eine Senkung der mit der Einmischung verbundenen Kosten (inkl. Informationskosten und heimische *audience costs*⁹) versprechen (Binder 2004; Brayton 2002; Bures 2005; Carey & Richmond 2003; Weiss 1998). Ob es möglich ist, alle Fakten der Liste auf dieser Grundlage befriedigend zu erklären, wird unter Heranziehung fortgeschrittener rationalistischer Literatur wie der zur *Principal-Agent*-Theorie (vgl. Hawkins u.a. i.E.; Nielson & Tierney 2003; Pollack 2002; Tallberg 2002) zu untersuchen sein. Dabei kann sich dann auch erweisen, dass diese Grundlage zu schmal ist und eine Erklärung aller stilisierten Fakten nur durch ein Modell geleistet werden kann, das konstruktivistische Theoriebestände einbezieht. Zu denken wäre etwa an Hypothesen zur „Macht der Moral“ in der Interventionspolitik (Hasenclever 2001) oder an organisationssoziologische Theoreme (vgl. Barnett & Finnemore 1999, 2004; March & Olsen 1989; Ness & Brechin 1988; Weaver & Leiteritz 2005).¹⁰

Die Konstruktion eines Erklärungsmodells, das die Beobachtungen, die sich in der Liste der stilisierten Fakten über das Präventions- und Interventionsregime niedergeschlagen haben, (um noch einmal Peirce zu zitieren) zu einer „Selbstverständlichkeit“ werden lässt, ist keine triviale Aufgabe, zumal wenn dieses Modell rationalistische und konstruktivistische Elemente zu integrieren haben sollte. Dennoch können wir dabei nicht stehen bleiben. Was uns an dieser Stelle noch fehlt, sind robuste Indizien dafür, dass es sich nicht nur um eine denkbare und plausibel erscheinende Erklärung (unter mehreren möglichen), sondern um die „beste Erklärung“ der Anlagerung von Staatlichkeit in der Präventions- und Interventionspolitik handelt. Um uns dessen zu vergewissern, ist es erforderlich, das Ausgangsmodell anhand weiterer Beobachtungen zu validieren (Bates u.a. 1998, 231-232; Bhaskar 1979, 15; King, Keohane & Verba 1994, 11-12).

⁹ Solche „Publikumskosten“ beinhalten etwa negative Reaktionen der Bevölkerung auf den Tod von Soldaten (Berufssoldaten und Wehrpflichtige), die bei militärischen Interventionen zum Einsatz kommen. Diese Kosten sind für Regierungen *ceteris paribus* geringer, wenn Mitarbeiter von Sicherheitsfirmen (d.h. Söldner) betroffen sind (Binder 2004, Fearon 1994).

¹⁰ Davon hängt zum Teil auch ab, ob das Ausgangsmodell bereits auf Weichensteller des Wandels Bezug nehmen wird. Weichensteller auf der Ebene der Staaten – z.B. die relative Machtposition oder innenpolitische Faktoren – werden erst in einem späteren Stadium der Modellentwicklung integriert. Möglicherweise werden jedoch Weichensteller auf der Ebene der Sicherheitsorganisationen benötigt, um einzelne der stilisierten Fakten zu erklären, solche nämlich, die auf – häufig nur konstruktivistisch erklärbar – Unterschiede in den organisatorischen Antworten auf die beschriebenen Herausforderungen abstellen (z.B. Faktum 5).

Schritt 2: Anwendung des Ausgangsmodells auf vier Sicherheitsorganisationen

Diese Konfrontation des Ausgangsmodells mit weiteren Beobachtungen geschieht im zweiten Schritt des Untersuchungsdesigns. Dabei könnten wir im Prinzip so verfahren, dass wir eine zweite Liste mit weiteren stilisierten Fakten über das Präventions- und Interventionsregime anlegen und untersuchen, ob das Ausgangsmodell diese ebenfalls erklären (d.h. als erwartbar erscheinen lassen) kann. Wir werden jedoch einen anderen Weg einschlagen und untersuchen, inwiefern das Modell dazu geeignet ist, vier erklärende *Fallstudien* anzuleiten, d.h. mit theoretischen Erklärungselementen – Begriffen, Annahmen über Kausalmechanismen und Hypothesen – auszustatten, die eine plausible und kohärente Rekonstruktion der Geschehnisse erlauben. Dieses Umschalten von einer „breiten“ zu einer „tiefen“ Erklärung bedeutet für das Modell einen „harten Test“, der, sollte es ihn bestehen, einer eindrucksvollen Bestätigung gleich käme. Der Zweck der Fallstudien ist jedoch nicht lediglich, ein positives oder negatives Urteil über das Ausgangsmodell zu sprechen. Ihre Aufgabe besteht auch darin, das Erklärungsmodell, in dem Fall, dass es sich als unzureichend erweist, durch geeignete theoriekonforme Anpassungen, Erweiterungen und Revisionen zu verbessern und für den jeweiligen Fall „erklärungsstauglich“ zu machen.

Jede der vier Fallstudien verfolgt das Ziel, Grundzüge der Entwicklung der Präventions- und Interventionspolitiken in einer zentralen internationalen Sicherheitsorganisation im Hinblick auf die in der ersten Projektphase deskriptiv erfassten Dimensionen (Konzeption, Institutionen, Instrumente, Ressourcen, Autonomie) zu erklären. Untersuchungsobjekte („Fälle“) sind erneut die VN, die EU, die NATO und die OSZE. Diese *Fallauswahl* ergibt sich aus dem Umstand, dass die vier genannten Sicherheitsorganisationen die wichtigsten institutionellen Bausteine jener in der ersten Phase des Teilprojekts beschriebenen europäischen, transatlantischen und globalen *Security-Governance*-Strukturen im Bereich der Präventions- und Interventionspolitik sind, die in der anstehenden zweiten Phase erklärt werden sollen.¹¹ Um den Erklärungen „Andockpunkte“ zu geben, wird nicht die gesamte Organisationsgeschichte seit Beginn der 1990er Jahre bis zur Gegenwart – dem *Untersuchungszeitraum* des Projekts – zum Gegenstand der Erklärung gemacht. Stattdessen konzentrieren wir uns auf institutionelle Wendepunkte und Schlüsselentscheidungen als Beobachtungspunkte und Foci der Erklärung, deren Gemeinsamkeit darin besteht, dass sie signifikante Änderungen auf einer oder mehrerer der erwähnten

¹¹ Da keine allgemeine Theorie des Staatswandels getestet, sondern eine theoretisch informierte „analytische Erklärung“ (George & Bennett 2005, 211) eines singulären, wenn auch vielschichtigen Sachverhalts entwickelt werden soll, stellen sich die üblichen Fragen nach einem möglichen *selection bias* nicht. Streng genommen ist es daher auch nicht ganz angemessen, von „Fallstudien“ zu sprechen: das Explanandum des Teilprojekts ist ein einziger „Fall“ – das emergente globale Präventions- und Interventionsregime –, an dem freilich eine Vielzahl von „Beobachtungen“ vorgenommen werden (vgl. King, Keohane & Verba 1994, 217-218).

Dimensionen markieren. Dazu gehören beispielsweise im Fall der EU der Amsterdamer Vertrag von 1997 oder im Fall der NATO das Neue Strategische Konzept von 1999.¹²

Da in dem primär rationalistisch inspirierten und damit akteurs- bzw. staatszentrierten Ausgangsmodell, das die Fallstudien anleitet, staatliche Präferenzen, Strategien und Perzeptionen, die von den Antriebskräften des Wandels verändert werden, eine zentrale Rolle spielen, werden die Fallstudien, anders als in der ersten Phase des Teilprojekts, nicht ausschließlich auf der Ebene der internationalen Organisationen angesiedelt sein, sondern jeweils Analysen der Positionen und Politiken maßgeblicher Mitgliedstaaten gegenüber diesen Organisationen einschließen. Beobachtungen aus der ersten Phase des Teilprojekts legen dabei eine Konzentration auf die USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Kanada und Schweden nahe. Diese Staaten haben die Entwicklung in den jeweiligen internationalen Sicherheitsorganisationen stark beeinflusst, indem sie die Idee der Prävention forciert haben (z.B. Schweden in EU und VN, aber auch Deutschland), unilaterale bzw. eingeschränkt multilaterale Militärinterventionen unternommen (USA, Frankreich, Großbritannien in den VN oder der NATO), oder die Debatte um humanitäre Interventionen maßgeblich mitgestaltet (Kanada in den VN) haben (vgl. Müller 2002, 378).¹³ Da die auf das Präventions- und Interventionsregime gerichteten Präferenzen und Strategien der erwähnten Staaten zu verschiedenen Zeitpunkten (entsprechend den analysierten Wendepunkten und Schlüsselentscheidungen) erhoben werden, sollen auf diese Weise auch mögliche *Korridorveränderungen* nachgezeichnet werden.¹⁴

In den Fallstudien kann sich nun zeigen, dass das Modell, das im ersten Schritt der Sequenz konstruiert wurde, in der Lage ist, den jeweiligen Fall zwar nicht in allen Details, aber doch in wesentlichen Zügen zu erklären. Es können aber auch Defizite in der Erklärungskraft des Ausgangsmodells zutage treten, die so gravierend sind, dass sie den Fallstudienbearbeiter bzw. die Fallstudienbearbeiterin dazu nötigen, es in der einen oder anderen Weise zu modifizieren. Vor dem Hintergrund der

¹² Zum Konzept der *critical junctures* bzw. *critical institutional events* vgl. Krasner (1984); Moravcsik (1998) und Pierson (1996).

¹³ Weitere Länder, die für die Entwicklung der Präventions- und Interventionspolitiken der vier Sicherheitsorganisationen maßgeblich sind, aber nicht der „OECD-Welt“ angehören, wie Russland und China im Fall der VN und Russland im Fall der OSZE werden punktuell (und ausschließlich sekundäranalytisch) in die Erklärung einzubeziehen sein. „Punktuell“ bedeutet hier vor allem, dass die Präferenzen und Strategien dieser Staaten nicht erklärt, sondern als Gegebenheiten betrachtet werden, die sich aus der Sicht der westlichen Staaten als Handlungsrestriktionen (*constraints*) darstellen.

¹⁴ Unter „Korridorveränderungen“ wird im Sfb die Zu- oder Abnahme der Varianz der Variable „Internationalisierung (bzw. Privatisierung) des Staates“ verstanden. So sprechen wir von einer „Korridorverengung“, wenn die Staaten sich in ihrer Bereitschaft, Staatsfunktionen auf internationale oder private Organisationen zu verlagern, einander annähern, und von einer „Korridorverbreiterung“, wenn sie in dieser Hinsicht zunehmend divergieren.

Untersuchungen der ersten Phase des Teilprojekts halten wir Letzteres für wahrscheinlicher und erwarten, dass die modifizierten Modelle in verschiedenen Hinsichten über das Ausgangsmodell hinausgehen und dabei eine höhere Komplexität und eine geringere theoretische Homogenität in Kauf nehmen müssen: Wir gehen insbesondere (1) davon aus, dass die *Weichensteller* des Wandels nun ein deutlich höheres Gewicht erhalten werden, weil sie benötigt werden, um Unterschiede in den Präferenzen und Strategien von Staaten zu erklären, die wiederum Konsequenzen für die zu erklärenden Entwicklungen in den vier Sicherheitsorganisationen haben. Diese Weichensteller können materieller (d.h. macht- und interessenpolitischer), ideeller (d.h. kognitiver und kultureller) und institutioneller Natur sein (Koenig-Archibugi 2004; Legro 1996). Darüber hinaus nehmen wir (2) an, dass in den modifizierten Erklärungsansätzen, anders als im Ausgangsmodell, die Sicherheitsorganisationen nicht mehr nur als passive Objekte des von Staaten gesteuerten Wandels, sondern auch als institutionelle Antriebs- und bisweilen Bremskräfte (einer Form von Weichensteller) der Anlagerung von Staatlichkeit figurieren, die über eigene Präferenzen und Einflussmöglichkeiten verfügen und mithin Akteursstatus besitzen. Teilweise als Konsequenz der beiden genannten Erweiterungen des Ausgangsmodells erwarten wir schließlich (3), dass in den modifizierten Erklärungsmodellen, die die Fallstudien generieren, konstruktivistische Theoriebestände, die die Bedeutung von Ideen, Normen und Identitäten akzentuieren, (stärkere) Berücksichtigung finden (Barnett & Finnemore 1999).

Schritt 3: Vergleichende Auswertung der Fallstudien und Konstruktion der abschließenden Erklärung

Der dritte Schritt der Modellkonstruktion schließlich besteht in einer Zusammenschau und vergleichenden Auswertung der Fallstudien. Hier ergeben sich nun zwei Möglichkeiten: Vorstellbar ist erstens, dass sich das im ersten Untersuchungsschritt konstruierte Ausgangsmodell in allen vier Fällen als befriedigend erwiesen hat, weil es wesentliche und für das emergente Präventions- und Interventionsregime relevante Politikprozesse und -ergebnisse im Kontext der jeweiligen Sicherheitsorganisation integrieren (d.h. als plausible und erwartbare Geschehnisse aufweisen) konnte. In diesem Fall ist das Ziel, das sich das Teilprojekt für die zweite Phase gesteckt hat, bereits erreicht. Wie bereits erwähnt, halten wir es aber für sehr viel wahrscheinlicher, dass – und dies ist die zweite Möglichkeit – in einer oder mehreren der Fallstudien gravierende Lücken und Defizite des Ausgangsmodells offenbar werden, die zu seiner fallbezogenen Revision zwingen. Für diese Revision gilt nun dasselbe, was bereits über die Konstruktion des Ausgangsmodells gesagt wurde: Die Aufgabe ist schwierig und keineswegs trivial, zumal wenn das revidierte Modell weder überkomplex noch inkohärent sein soll; gleichwohl genügt es nicht, sie zu bewältigen. Dass das revidierte Modell den Fall, der die Anpassungen veranlasst hat, besser erklärt als das Ausgangsmodell – „erklärt“ in dem Sinne, dass seine Pro-

bzw. Retrognosefähigkeit¹⁵ zunimmt –, ist letzten Endes nicht überraschend, wurde es doch für diesen Fall maßgeschneidert. Ob es sich dabei wirklich um einen wesentlichen Zugewinn an Erklärungskraft handelt, hängt davon ab, wie gut sich das revidierte Modell an neuen Daten bewährt – *how well it travels* (Koremenos, Lipson & Snidal 2001b, 1057; Tierney & Weaver 2005, 6, 14).¹⁶ Um dies festzustellen, wird im dritten Schritt des Untersuchungsdesigns (ausgenommen den Fall, der umfassende Erfolg des Ausgangsmodells macht dies überflüssig) untersucht, ob die revidierten Modelle¹⁷ sich auch *in den jeweils anderen Fällen* bewähren – und obendrein nach wie vor in der Lage sind, die stilisierten Fakten zu erklären, mit deren Hilfe das Ausgangsmodell konstruiert worden war.

Wiederum sind mehrere Ausgänge dieser analytischen Prozedur möglich: Es kann erstens sein, dass *genau eines* der revidierten Modelle sich als geeignet erweist, auch die übrigen Fälle (und die stilisierten Fakten über das Präventions- und Interventionsregime) hinlänglich zu erklären. In diesem Fall läge mit diesem Modell eine in hohem Maße plausible, weil sowohl theoretisch elaborierte und durchsichtige als auch empirisch gehaltvolle Erklärung für die *Governance*-Strukturen und damit für einen wesentlichen Aspekt des Wandels von Staatlichkeit im Bereich der Präventions- und Interventionspolitik vor. Es kann zweitens der Fall sein, dass *keines* der Modelle sich als übertragbar erweist. Bei diesem Ausgang wäre zu versuchen, das modifizierte Modell mit der vergleichsweise größten fallübergreifenden Erklärungskraft ein weiteres Mal so zu modifizieren, dass die bestehenden Erklärungslücken und Anomalien ausgeräumt werden können. Dieses neue Modell wäre dann zwar noch nicht getestet, könnte aber immerhin als in beträchtlichem Maße empirisch „gesättigte“ Erklärungshypothese gelten. Wie „reisetauglich“ (also transferierbar) *sie* wiederum ist, könnte entweder in Kooperation mit anderen Teilprojekten, die ähnliche Explananda bearbeiten (z.B. A2 oder D1), oder im Rahmen der Gesamtauswertung der Befunde der Teilprojekte am Ende der zweiten Phase eruiert werden – wobei es sich in beiden Fällen erneut um besonders „harte Tests“ handeln würde, weil die Daten, die den Prüfstein bilden, aus anderen empirischen Kontexten

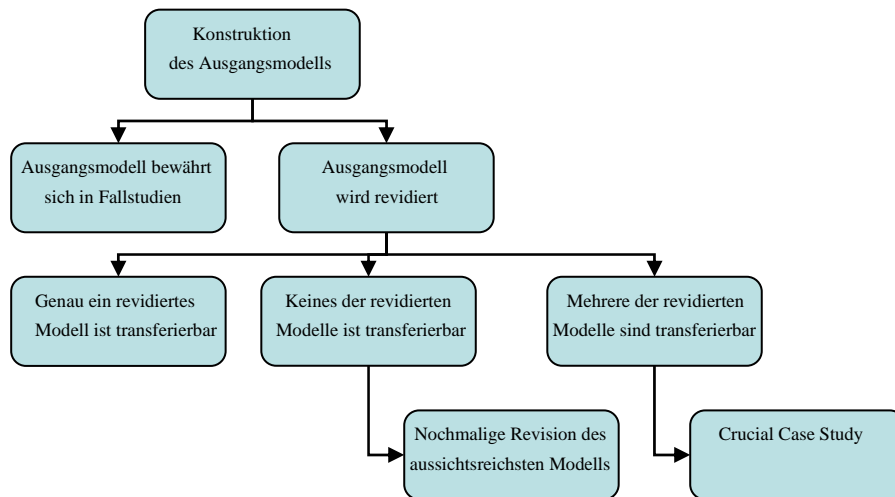
¹⁵ Unter einer „Retrognose“ versteht man eine nachträgliche theoretische Vorhersage eines bereits eingetretenen Sachverhalts. Gemäß dem Hempel-Oppenheim-Schema (deduktiv-nomologisches Modell) ist sie unter bestimmten Bedingungen mit der Erklärung des Sachverhalts identisch (Hempel 1965).

¹⁶ Dass eine Erklärung nicht nur hier und dort und dann mit großer Wahrscheinlichkeit nur zufällig „funktioniert“, sondern eine Fülle von Aspekten des Untersuchungsgegenstandes abdeckt und somit eine große Reichweite (*scope*) besitzt, gehört zu den *explanatory virtues*, die die in der Abduktion gesuchte „beste Erklärung“ auszeichnen (Lipton 2000, 187).

¹⁷ Es kann zu diesem Zeitpunkt nicht gesagt werden, wie viele solche revidierten Modelle „im Spiel“ sein werden und mithin ob der hier verwendete Plural angemessen ist. Es kann sein, dass in mehreren – möglicherweise sogar in allen vier – Fällen Anpassungen am Ausgangsmodell vorgenommen werden müssen; es kann aber auch sein, dass diese Notwendigkeit nur in einem Fall besteht – oder in keinem.

(außerhalb der internationalen Präventions- und Interventionspolitik) stammen würden. Schließlich gibt es noch die dritte Möglichkeit, dass *zwei oder mehr* der revidierten Erklärungsmodelle sich nicht nur in dem Fall, für den sie maßgeschneidert wurden, sondern auch in den drei übrigen Fällen bewähren – die konkurrierenden Modelle also durch die vorliegenden Daten unterdeterminiert sind. In diesem Fall müssten die verbliebenen Modelle auf weitere, divergierende und miteinander unverträgliche „beobachtbare Implikationen“ hin analysiert werden, die dann – im Rahmen einer „crucial case study“ – empirisch zu verifizieren bzw. falsifizieren wären (vgl. Eckstein 1975; King, Keohane & Verba 1994, 217-228).

Abbildung 1: Schema der Modellkonstruktion



Exkurs: Kooperationspartner

Folgende Kooperationsbeziehungen wurden vereinbart:

- Prof. *Tanja Brühl*, Universität Frankfurt/Main,
- Prof. *Sven Chojnacki*, Freie Universität Berlin,
- Prof. em. *Helga Haftendorn*, Freie Universität Berlin,
- Prof. *Andreas Hasenclever*, Universität Tübingen,
- Prof. *Markus Jachtenfuchs*, Hertie School of Governance, Berlin,
- Dr. *Elke Krahmhann*, Department of Politics, University of Bristol,
- Dr. *Andrea Liese*, Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, Freie Universität Berlin,
- Dr. *Ingo Peters*, Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, Freie Universität Berlin,
- Dr. *Ulrich Schneckener*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin,

- Prof. em. *Dieter Senghaas*, Universität Bremen,
- *Ursula Schröder*, Europäisches Hochschulinstitut, Florenz, und
- Dr. *Wolfgang Wagner*, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt/Main.

3.4.3 *Arbeitsprogramm und Zeitplan*

Arbeitsschritte und Zeitplan

Die konkreten Arbeitsschritte der zweiten Phase des Teilprojekts ergeben sich unmittelbar aus den Ausführungen im vorigen Abschnitt. Der erste Arbeitsschritt besteht in der Konstruktion des Ausgangsmodells zur Erklärung des Präventions- und Interventionsregimes. Im zweiten Arbeitsschritt werden zur Vorbereitung der Fallstudien über die vier Sicherheitsorganisationen sechs strukturierte (d.h. nach einem einheitlichen Fragenraster erstellte) Länderdossiers angefertigt. Darin werden – unter Berücksichtigung von im Untersuchungszeitraum eingetretenen Veränderungen – grundlegende Informationen zu den Präferenzen zusammengestellt, die bei einer Reihe von Schlüsselstaaten im Hinblick auf die Option einer Internationalisierung bzw. Privatisierung von Präventions- und Interventionspolitiken bestehen (bzw. zu unterschiedlichen Zeiten bestanden). Bei diesen Staaten handelt es sich um die bereits erwähnten Länder USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Kanada und Schweden. Dieser rein forschungswirtschaftlich motivierte (und deshalb oben noch nicht erwähnte) Arbeitsschritt wird aus der Überlegung heraus eingefügt, dass die meisten dieser Staaten in mehreren Sicherheitsorganisationen eine bedeutende Rolle spielen. Es ist daher „effizienter“, wenn die Projektmitarbeiterin und der Projektmitarbeiter im Rahmen der späteren Erstellung der Fallstudien – bei der die Rekonstruktion der Interessen und Strategien mindestens einiger, besonders wichtiger Mitgliedstaaten unabdingbar sein wird – auf einen arbeitsteilig erstellten gemeinsamen Pool an Basisinformationen (inkl. Quellen, Materialien etc.) zurückgreifen können, anstatt diese Informationen jeweils gesondert fallbezogen erheben zu müssen, was zu größeren Redundanzen führen dürfte.¹⁸ (Die Dossiers erhalten aber, wie gesagt, nur Basisinformationen. Weitere länderbezogene Recherchen, entsprechend den spezifischen „Bedürfnissen“ der jeweiligen Fallstudie, werden daher im Zuge der Erstellung der Fallstudien unverzichtbar sein.) Der dritte Arbeitsschritt besteht in der Durchführung der Fallstudien und damit einhergehend der Anwendung und ggf. Revision des Ausgangsmodells. Der vierte Arbeitsschritt beinhaltet eine vergleichende Auswertung, die aufgrund des im vorigen Abschnitt beschriebenen heuristischen Verfahrens sowohl theoretische Rekonstruktion als auch weitere Tests (Prüfung der Transferierbarkeit der angepassten Erklärungsmodelle) und mithin Da-

¹⁸ In diesem Kontext kann auch auf Ergebnisse des auslaufenden Projekts D2 („Gewaltmonopol“) zurückgegriffen werden.

tenerhebungen einschließen kann. Am Ende des Arbeitsprozesses wird die Bündelung der Ergebnisse in einer englischsprachigen Projektmonographie stehen.

Arbeitsschritte	2007		2008		2009		2010	
Konstruktion des Ausgangsmodells	■							
Anfertigung von sechs Länderdossiers (USA, F, GB, BRD, CAN, S)	■	■						
Anfertigung von vier Fallstudien (VN, OSZE, EU, NATO)			■	■	■	■		
vergleichende Auswertung der Fallstudien und Modellanpassung						■	■	
Projektmonographie							■	■

Phasen

Der Sfb untersucht den Wandel von Staatlichkeit in drei großen Untersuchungsschritten, die im Zeichen der Beschreibung, der Erklärung und der Wirkungsanalyse stehen. Diesem Schema fügt sich auch das Teilprojekt D3 ein: In der *ersten* Förderphase hat es anhand von vier Sicherheitsorganisationen die allmähliche Herausbildung von *Security-Governance*-Strukturen im Bereich der internationalen Präventions- und Interventionspolitik beschrieben; in der *zweiten* Förderphase wird es eine Erklärung für dieses komplexe institutionelle Arrangement entwickeln; und in der *dritten* Förderphase sollen dessen Wirkungen analysiert werden. Dabei werden uns Wirkungen von zweierlei Art interessieren: (1) Im Vordergrund stehen die Aus- bzw. Rückwirkungen, die das Präventions- und Interventionsregime auf die (OECD-)Staaten hat, die an ihm partizipieren und es wesentlich mitgestaltet haben. Wie wirkt sich das Regime auf ihre grundlegenden Präferenzen, Kapazitäten und normativen Orientierungen in diesem Problemfeld aus? Finden auf einzelstaatlicher Ebene institutionelle Anpassungsprozesse statt, die auf eine strukturelle Ausrichtung auf gemeinsames Handeln in diesem Feld der Sicherheitspolitik deuten – was den Schluss nahe legen würde, dass es sich bei der beobachteten Internationalisierung um einen zwar noch nicht sehr weit reichenden, aber dennoch robusten Wandel des Territorialstaats handeln dürfte? Während die Analyse eines solchen *feedback loop* auch als eine Vervollständigung der deskriptiven Erfassung des Wandels von Staatlichkeit im Bereich der Präventions- und Interventionspolitik gelesen werden kann, geht die zweite Fragestellung, der wir uns in der dritten Förderphase zuwenden werden, darüber hinaus, indem sie eine evaluative Dimension einführt: So werden wir (2) nach der Wirksamkeit des emergenten Präventions- und Interventionsregimes mit Blick auf die Bereitstellung des normativen Gutes „Sicherheit“ fragen und diese auf die Output-Legitimität (Effektivität) des Regimes gerichtete Un-

tersuchung durch eine Analyse seiner Input-Legitimität ergänzen. Die Leitfragen lauten hier also: Was leisten die Institutionen der *Security Governance* in diesem Feld und halten sie dabei einschlägigen Kriterien der Verfahrensgerechtigkeit und der demokratischen Rückbindung von Herrschaft stand?

3.5 (entfällt)

3.6 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs und Entwicklungsperspektive des Teilprojektes

Das Teilprojekt befasst sich mit dem Wandel von Staatlichkeit in der Ressourcen-dimension und konzentriert sich dabei auf die Sicherheitspolitik, soweit sie auf die Verhütung und Befriedung interner Konflikte in Drittstaaten gerichtet ist. Der Schwerpunkt liegt auf *Internationalisierungsprozessen* und damit auf Entwicklungen in der räumlichen Achse, während Wandel in der modalen Achse durch *Privatisierungsprozesse* zwar nicht ausgeklammert, aber nachrangig behandelt wird.

In der ersten Forschungsphase des Teilprojekts wurden solche Wandlungstendenzen an Veränderungen in den Mandaten, Aktivitäten und materiellen, personellen und institutionellen Kapazitäten von vier maßgeblichen internationalen Sicherheitsorganisationen festgemacht, an VN, OSZE, NATO und EU. Alle Organisationen haben neue Aufgaben übernommen und bestehende Gremienstrukturen den neuen Herausforderungen angepasst. Gleichzeitig wurden auch vermehrt private Akteure in die internationale Präventions- und Interventionspolitik einbezogen. Im Ergebnis finden wir eine Anlagerung von ehemals staatlichen Verantwortlichkeiten bei internationalen Organisationen, nicht aber eine genuine Verlagerung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten. In der zweiten Forschungsphase will das Teilprojekt diesen Befund einer theoriegeleiteten Erklärung zuführen. In dem schrittweise zu konstruierenden Erklärungsmodell werden materielle, ideelle und institutionelle *Antriebskräfte* berücksichtigt, welche die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen hervorbringen, auf die Staaten und internationale Organisationen mit Internationalisierungs- und Privatisierungsschritten (oder -bestrebungen) reagieren. Diese Reaktionen fallen jedoch ganz unterschiedlich aus und schließen staatlicherseits im Grenzfall auch das Beharren auf der unilateralen Option ein. Um diese Unterschiede zu erklären, werden daher überdies materielle, ideelle und institutionelle *Weichensteller* in die Erklärung einbezogen, die auf der Ebene der Staaten bzw. der IOs wirken und zwischen einheitlichen Antriebskräften und uneinheitlichen *outcomes* (in diesem Fall: staatliche Präferenzen und Strategien sowie organisatorischer Wandel) intervenieren. Schließlich wird das Teilprojekt, anhand eines kleineren

Länder-Samples, diachrone Veränderungen bei diesen Unterschieden selbst, also *Korridoreffekte*, untersuchen.

Tabelle 2: Verortung des Teilprojekts D3 im Sonderforschungsbereich

Beschreibung	
<i>Dimensionen von Staatlichkeit</i>	Ressourcen (Staatsgewalt)
<i>Achse des Wandels</i>	Internationalisierung und Privatisierung (Anlagerung)
<i>Korridorentwicklung</i>	Konvergenz oder Divergenz (hinsichtlich der Internationalisierungs- und Privatisierungsbereitschaft)
Erklärung	
<i>Antriebskräfte</i>	<ul style="list-style-type: none"> – materiell (u.a. [Schatten-]Globalisierung) – ideell (u.a. Menschenrechtsgedanke) – institutionell (u.a. Domäneinteressen von internationalen Organisationen)
<i>Weichensteller</i>	<ul style="list-style-type: none"> – materiell (u.a. Machtposition) – ideell (u.a. Einstellungen zu unilateraler Gewaltanwendung) – institutionell (u.a. Verfassungsnormen)

Stellung in der eigenen Säule

Die Teilprojekte der D-Säule des Sfb befassen sich mit der Grundfrage: Wie sucht der demokratische Rechts- und Interventionsstaat seine sowohl für seinen internen und externen Souveränitätsanspruch als auch für effektives Regieren unabdingbaren konstitutiven Ressourcen unter sich wandelnden inneren und äußeren Rahmenbedingungen zu wahren und zu entwickeln? Dies schließt die Frage ein: Inwieweit geht der Territorialstaat – oft gerade zu diesem Zweck – auf Dauer gestellte kooperative Beziehungen zu anderen Staaten oder nicht-staatlichen Akteuren ein, auch wenn sie seine exklusive Kontrolle über diese Ressourcen einschränken oder gefährden? Abgrenzungsprobleme zwischen den einzelnen Teilprojekten bestehen nicht. Gemeinsam decken sie das gesamte Spektrum fundamentaler Ressourcen des modernen Territorialstaats ab, nämlich Staatsgewalt, Staatsgebiet, Staatsvolk. Das Teilprojekt D3 konzentriert sich dabei auf die militärischen Ressourcen von Staaten und ihr äußeres Gewaltmonopol, bezieht aber auch wirtschaftliche und politische Ressourcen (Entwicklungshilfe, Diplomatie) mit ein, soweit diese in Präventions- und Interventionspolitiken zum Einsatz kommen (*Staatsgewalt*: Gewaltmonopol). Die übrigen Teilprojekte befassen sich wie D1 („Steuerstaat“) mit der internationalen Steuerpolitik (*Staatsgewalt*: Steuermonopol), wie D4 („Grenzregime“) mit dem Wandel staatlicher Grenzen (*Staatsgebiet*) und wie D5 („Demographie“) mit der Reaktion des Staates auf demographischen Wandel (*Staatsvolk*).

Um ihre komplementären Perspektiven auf den Wandel des Territorialstaats in einen kontinuierlichen fruchtbaren Diskussionszusammenhang zu bringen, werden die Teilprojekte sich in einem „Säulenkolloquium“ regelmäßig über inhaltliche,

konzeptionelle und methodische Fragen ihrer Arbeit austauschen. Alle vier Teilprojekte der D-Säule planen außerdem für das Jahr 2009 eine gemeinsame Konferenz zur „Internationalisierung und Privatisierung in der Ressourcendimension des Staates“, die der Vorstellung von Zwischenergebnissen und auch der Initiierung bzw. Intensivierung der Zusammenarbeit mit Forscherinnen und Forschern außerhalb des Sfb dienen soll. Eine strukturelle Gemeinsamkeit, die besondere Kooperationschancen eröffnet, verbindet D3 mit D1. In beiden Teilprojekten wird untersucht, wie Staaten, um bestimmte – größtenteils globalisierungs- und interdependenzinduzierte – Probleme effektiver (oder überhaupt) bearbeiten zu können, internationale Institutionen gründen oder ausbauen, sich also auf einen Internationalisierungspfad begeben, und wie umgekehrt diese internationalen Regime oder normgestützten Praktiken später potentiell beschränkend und prägend auf die problemfeldbezogenen Handlungsspielräume und Präferenzen der Einzelstaaten zurückwirken (vgl. Dessler 1989; Wendt 1987).

Verbindung zu anderen Teilprojekten jenseits der Säule

Das Teilprojekt D3 wird in der zweiten Forschungsphase vor allem mit solchen Teilprojekten enger zusammenarbeiten, die ebenfalls explizit auf eine Erklärung von Internationalisierungsprozessen abzielen: So hat C4 („Bildungspolitik“) in der ersten Projektphase, ähnlich wie D3, mit qualitativen Fallstudien zu ausgewählten Internationalen Organisationen begonnen. In der zweiten Phase planen beide Teilprojekte, der Frage nachzugehen, welche Bedingungsfaktoren auf der staatlichen Ebene die beschriebenen Internationalisierungstendenzen begünstigen oder begrenzen. Synergiepotentiale bestehen auch im Verhältnis zum Teilprojekt A2 („Streitbeilegung“). Analogien ergeben sich hier insbesondere in Bezug auf die von D3 gestellte Frage, ob Präventions- und Interventionsmaßnahmen im Rahmen internationaler Organisationen zunehmend Normen, Regeln und Prozeduren unterworfen sind, welche die einzelstaatliche Willkür zurückdrängen und somit als Aspekte einer Verrechtlichung des Problemfeldes beschrieben werden können. Kooperationspotentiale ergeben sich schließlich auch mit Teilprojekten der B-Säule, zumal der Gebrauch des staatlichen Gewaltmonopols nicht nur in normativer, sondern auch in politisch-praktischer Hinsicht eng mit Fragen der Legitimierung bzw. Legitimierbarkeit verbunden ist. Besondere Erwähnung verdienen hier B5 („Partizipation und Legitimation“), das wie D3 an der Schnittstelle von Internationalisierung und Privatisierung arbeitet, und B3 („Transnationalisierung EU“), das wie D3 vor der Aufgabe steht, einen Fall von stark eingeschränkter Internationalisierung zu erklären.

Die *Entwicklungsperspektiven* des Teilprojekts in der dritten Phase (2011-2014) sind direkt vor Abschnitt 3.6, nämlich am Ende von 3.4, dargestellt.

3.7 Abgrenzung gegenüber anderen geförderten Projekten

Projekte der Antragsteller mit einem verwandten Zuschnitt werden weder von der DFG noch von anderen Drittmittelgebern gefördert. Der Antragsteller ist allerdings am Antrag der Universität Bremen auf eine Graduiertenschule (*BI*GSSS) in der „Ersten Förderlinie“ der „Excellence Initiative by the German Federal and State Governments“ beteiligt, der am 20. April 2006 eingereicht wurde.

Literatur

- Abbott, Kenneth W. & Duncan Snidal (1998) Why States Act Through Formal International Organizations, in: *Journal of Conflict Resolution* 42:1, 3-32
- Barnett, Michael N. & Martha Finnemore (1999) The Politics, Power and Pathologies of International Organizations, in: *International Organization* 53:4, 699-732
- Barnett, Michael & Martha Finnemore (2004) *Rules for the World: International Organizations in Global Politics*, Ithaca, NY: Cornell University Press
- Bates, Robert H., Avner Greif, Margaret Levi & Barry Weingast (1998) *Analytical Narratives*, Princeton, NJ: Princeton University Press
- Bhaskar, Roy (1979) *The Possibility of Naturalism. A Philosophical Critique of the Contemporary Human Sciences*, Brighton: Harvester
- Binder, Martin (2004) Der Einsatz von Söldnerfirmen durch gewählte Regierungen – eine „Antinomie des Demokratischen Friedens“? Tübingen: Universität, Institut für Politikwissenschaft, Abt. für internationale Beziehungen (Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung Nr. 44; <http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/taps/tap44.pdf>)
- Brayton, Steven (2002) Outsourcing War: Mercenaries and the Privatization of Peacekeeping, in: *Journal of International Affairs* 55:2, 303-329
- Bures, Oldrich (2005) Private Military Companies: A Second Best Peacekeeping Option?, in: *International Peacekeeping* 12:4, 533-546
- Carey, Henry F. & Oliver P. Richmond, Hg. (2003) *Mitigating Conflict. The Role of NGOs*, London: Frank Cass
- Carment, David & Albrecht Schnabel, Hg. (2003) *Conflict Prevention. Path to Peace or Grand Illusion?*, Tokyo: United Nations University Press
- Chandler, David (2004) The Responsibility to Protect? Imposing the “Liberal Peace”, in: *International Peacekeeping* 11:1, 59-81
- Dessler, David (1989) What's at Stake in the Agent-Structure Debate?, in: *International Organization* 43:3, 441-473
- Dessler, David (1999) Constructivism Within a Positivist Social Science, in: *Review of International Studies* 25:1, 123-138
- Durch, William J., Victoria K. Holt, Caroline R. Earle & Moira K. Shanahan (2003) The Brahimi Report and the Future of UN Peace Operations, Washington DC: The Henry L. Stimson Center (<http://www.stimson.org/fopo/pdf/BR-CompleteVersion-Dec03.pdf>)
- Eckstein, Harry (1975) Case Study and Theory in Political Science, in: Fred I. Greenstein & Nelson W. Polsby, Hg., *Handbook of Political Science, vol. VII*, Reading: Addison-Wesley, 79-138
- Ehrhart, Hans-Georg (2005) Die EU als zivil-militärischer Krisenmanager: zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: *Integration*, 3:2005, 217-232
- Fearon, James (1994) Domestic Political Audiences and the Escalation of International Disputes, in: *American Political Science Review* 88:3, 577-591
- George, Alexander L. & Andrew Bennett (2005) *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*, Cambridge, MA: MIT Press
- Haftendorn, Helga (2005) *Das Atlantische Bündnis in der Anpassungskrise*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-Studie S 05)

- Hampson, Fen Osler & David M. Malone, Hg. (2002) *From Reaction to Conflict Prevention: Opportunities for the UN System*, Boulder, CO: Lynne Rienner
- Hanson, Norwood Russell (1958) *Patterns of Discovery. An Inquiry into the Conceptual Foundations of Science*, Cambridge: Cambridge University Press
- Hasenclever, Andreas (2001) *Die Macht der Moral in der internationalen Politik. Militärische Interventionen westlicher Staaten in Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegowina*, Frankfurt a.M.: Campus
- Hasenclever, Andreas, Peter Mayer & Volker Rittberger (1997) *Theories of International Regimes*, Cambridge MA: Cambridge University Press
- Hasenclever, Andreas, Peter Mayer & Volker Rittberger (2000) Integrating Theories of International Regimes, in: *Review of International Studies* 26:1, 3-33
- Hawkins, Darren, David A. Lake, Daniel Nielson & Michael J. Tierney (2006) *Delegation Under Anarchy: Principals, Agents, and International Organizations*, Cambridge MA: Cambridge University Press (i.E.)
- Hempel, Carl G. (1965) *Aspects of Scientific Explanation and Other Essays in the Philosophy of Science*, New York: Free Press
- Keohane, Robert O. (1984) *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton, NJ: Princeton University Press
- Keohane, Robert O. (1988) International Institutions. Two Approaches, in: *International Studies Quarterly* 32:4, 379-396
- Keohane, Robert O. & Joseph S. Nye, Jr. (1989²) *Power and Interdependence: World Politics in Transition*, New York: Harper Collins College (1977¹, 2001³)
- King, Gary, Robert O. Keohane & Sidney Verba (1994) *Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research*, Princeton, NJ: Princeton University Press
- Koenig-Archibugi, Thomas (2004) Explaining Foreign Policy Preferences for Institutional Change in EU Foreign and Security Policy, in: *International Organization* 58:1, 137-174
- Kohler-Koch, Beate, Hg. (1989) *Regime in den internationalen Beziehungen*, Baden-Baden: Nomos
- Koremenos, Barbara, Charles Lipson & Duncan Snidal (2001a) The Rational Design of International Institutions, in: *International Organization* 55:4, 761-800
- Koremenos, Barbara, Charles Lipson & Duncan Snidal (2001b) Rational Design: Looking Back to Move Forward, in: *International Organization* 55:4, 1051-1082
- Krahmann, Elke (2003) Conceptualizing Security Governance, in: *Cooperation and Conflict* 38:1, 5-26
- Krahmann, Elke, Hg. (2005) *New Threats and New Actors in International Security*, New York NY: Palgrave
- Krasner, Stephen D. (1984) Approaches to the State: Alternative Conceptions and Historical Dynamics, in: *Comparative Politics* 16:2, 223-246
- Legro, Jeffrey (1996) Culture and Preferences in the International Co-operation Two-Step, in: *American Political Science Review* 90:1, 118-137
- Lipton, Peter (1991) *Inference to the Best Explanation*, New York NY: Routledge
- Lipton, Peter (2000) Inference to the Best Explanation, in: Newton-Smith 2000, 184-193
- Little, Daniel (1991) *Varieties of Social Explanation: An Introduction to the Philosophy of Social Science*, Boulder/San Francisco/Oxford: Westview Press

- Mack, Andrew & Kathryn Furlong (2004) When Aspiration Exceeds Capability: The UN and Conflict Prevention, in: Richard M. Price & Mark W. Zacher, Hg., *The United Nations and Global Security*, New York NY: Palgrave Macmillan, 59-74
- March, James G. & Johan P. Olsen (1989) *Rediscovering Institutions: The Organizational Basics of Politics.*, New York NY: Free Press
- Matthies, Volker (2000) *Krisenprävention: Vorbeugen ist besser als heilen*, Opladen: Leske & Budrich
- Misak, Cheryl (2000) Peirce, in: Newton-Smith 2000, 335-339
- Moravcsik, Andrew M. (1998) *The Choice of Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht*, Ithaca NY: Cornell University Press
- Mullenbach, Mark J. (2005) Deciding to Keep Peace: An Analysis of International Influences on the Establishment of Third-Party Peacekeeping Missions, in: *International Studies Quarterly* 49:3, 529-556
- Müller, Harald (1993) *Die Chance der Kooperation: Regime in den internationalen Beziehungen*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Müller, Harald (2002) Security Cooperation, in: Walter Carlsnaes, Thomas Risse & Beth A. Simmons, Hg., *Handbook of International Relations*, London: Sage, 369-391
- Münkler, Herfried (2002) *Die neuen Kriege*, Reinbek: Rowohlt
- Ness, Gayl D. & Steven R. Brechin (1988) Bridging the Gap: International Organizations as Organizations, in: *International Organization* 42:2, 245-273
- Newton-Smith, William. H., Hg. (2000) *A Companion to the Philosophy of Science*, Oxford: Blackwell
- Nielson, Daniel L. & Michael J. Tierney (2003) Delegation to International Organizations: Agency Theory and World Bank Environmental Reform, in: *International Organization* 57:2, 241-276
- Olson, Mancur, Jr. (1965) *The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups*, Cambridge, MA: Harvard University Press
- Peirce, Charles S. (1991) *Vorlesungen über Pragmatismus*, Hamburg: Meiner
- Peters, Ingo (1995) Europäische Sicherheitsinstitutionen: Arbeitsteilung oder Konkurrenz? in: Erhard Forndran, & Hans-Dieter Lemke, Hg., *Sicherheitspolitik für Europa zwischen Konsens und Konflikt*, Baden-Baden: Nomos, 277-304
- Pierson, Paul (1996) The Path to European Integration: A Historical Institutional Analysis, in: *Comparative Political Studies* 19:2, 123-163
- Pollack, Mark A. (2002) Learning from the Americanists (Again): Theory and Method in the Study of Delegation, in: *West European Politics* 25:1, 200-219
- Powell, Robert (1994) Anarchy in International Relations Theory. The Neorealist-Neoliberal Debate, in: *International Organization* 48:2, 313-344
- Pugh, Michael & Waheguru P. S. Sidhu, Hg. (2003) *The United Nations and Regional Security. Europe and Beyond*, Boulder, CO: Lynne Rienner
- Rittberger, Volker, Hg. (2001) *German Foreign Policy Since Unification: Theories and Case Studies*, Manchester: Manchester University Press
- Rummel, Reinhardt (2003) *Konfliktprävention: Etikett oder Markenzeichen Europäischer Interventionspolitik?*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-Studie S 45)
- Schimmelfennig, Frank (1995) *Debatten zwischen Staaten. Eine Argumentationstheorie internationaler Systemkonflikte*, Opladen: Leske + Budrich
- Senghaas, Dieter (1994) *Wohin driftet die Welt? Über die Zukunft friedlicher Koexistenz*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp

- Snidal, Duncan (2004) Formal Models of International Politics, in: Sprinz, Detlef & Yael Wolinsky-Nahmias, Hg., *Models, Numbers and Cases*, Ann Arbor: The University of Michigan Press, 227-264
- Sriram, Chandra L. & Karin Wermester, Hg. (2003) *From Promise to Practice: Strengthening UN Capacities for the Prevention of Violent Conflict*, Boulder CO: Lynne Rienner
- Tallberg, Jonas (2002) Delegation to Supranational Institutions: Why, How, and with What Consequences?, in: *West European Politics* 25:1, 23-46
- Tierney, Michael & Catherine Weaver (2005) Principles or Principals? The Possibilities for Theoretical Synthesis and Scientific Progress in the Study of International Organizations (Paper prepared for the International Studies Association Meeting in Honolulu Hawaii, March 2005)
- Wallander, Celeste A. (2000) Institutional Assets and Adaptability: NATO after the Cold War, in: *International Organization* 54:4, 705-35
- Weaver, Cathrine & Ralf J. Leiteritz (2005) Our Poverty is a World Full of Dreams: Reforming the World Bank, in: *Global Governance* 11:3, 369-388
- Weiss, Thomas G., Hg. (1998) *Beyond UN Subcontracting: Task Sharing with Regional Security Arrangements and Service-Providing NGOs*, Houndsmills: Macmillan
- Weiss, Thomas G. (2004) The Humanitarian Impulse, in: Malone, David M., Hg., *The UN Security Council: From the Cold War to the 21st Century*, Boulder CO: Lynne Rienner, 37-54
- Welsh, Jennifer M. (2002) From Right to Responsibility: Humanitarian Intervention and International Society, in: *Global Governance* 8:4, 503-521
- Wendt, Alexander (1987) The Agent-Structure Problem in International Relations Theory, in: *International Organization* 41:3, 335-370
- Wendt, Alexander (1999) *Social Theory of International Politics*, Cambridge: Cambridge University Press
- Wendt, Alexander & Raymond Duvall (1989) Institutions and International Order, in: Czempiel, Ernst-Otto & James N. Rosenau, Hg., *Global Changes and Theoretical Challenges: Approaches to World Politics for the 1990s*, Lexington, Mass.: Lexington Books, 51-73
- Zangl, Bernhard & Michael Zürn (2003) *Frieden und Krieg: Sicherheit in der nationalen und postnationalen Konstellation*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp